

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.50 M., monatlich 1.10 M.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die lehrbuchartige Kolonelle
Seite oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Verträge
und Berichtigungen 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 17. März 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Erfolglose französische Angriffe in der Champagne und bei Verdun

Die sogenannte Strafexpedition nach Mexiko.

Ueberall Gärung und Umwälzung! Wie das Reutersche
Bureau aus Washington meldet, hat die Regierung der
Vereinigten Staaten von Amerika mehrere Regimenter Kavallerie
an der mexikanischen Grenze zusammengezogen, um die Ver-

Wie weit unter den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen sich
das Yankee-Kapital dieser Forderung der „billigen Veruhigung“
Mexikos anschließen wird, läßt sich natürlich von hier
aus zurzeit nicht beurteilen; Tatsache ist jedenfalls, daß seit
langem in den Kreisen der nordamerikanischen Großkapita-

Das Ende würde zum mindesten die gewünschte „Su-
dremati“ der Union über Mexiko, also eine Art Subani-
sierung, sein — falls nicht das nordamerikanische Kapital am
Schluß der „Bazifizierung“ fände, daß auch dadurch die
wiederhergestellte Ordnung im Innern des Nachbarlandes
noch nicht in genügender Weise gesichert werde und deshalb
zum Gedeihen Mexikos seine völlige Annexion durch die Ver-

Zur Rechtfertigung des Verlangens des amerikanischen
Kapitals nach der Herrschaft über die mexikanischen Bodenschätze
wird seit Jahren angeführt, die mexikanische Bevölkerung
sei, wie die fortwährenden Unruhen zur Genüge be-
weisen, zur Selbstregierung völlig unfähig; trotz der natür-
lichen Reichthümer des Landes herrsche fast überall bittere
Armut und ein großer Teil des unteren Volkes verkomme
geradezu im Elend, herrsche doch noch in vielen Gegenden eine
halbversteckte Sklaverei.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den
16. März 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
In Flandern, besonders in der Nähe der Küste,
nahmen die Artilleriekämpfe merklich an Heftigkeit zu,
sie steigerten sich auch in der Gegend von Roye und von
Bille-au-Bois (nordwestlich von Reims).

In der Champagne machten die Franzosen nach starker,
aber unwirksamer Artillerievorbereitung gänzlich erfolglose
Angriffe auf unsere Stellungen südlich von St. Sulpice und
westlich der Straße Somme-By-Souin, die uns wenige,
ihnen sehr zahlreiche Leute kosteten. Wir nahmen außerdem
dabei zwei Offiziere, hundertfünfzig Mann unverwundet
gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre.

Links der Maas sind weitere Versuche des Feindes, uns
den Besitz der Höhe „Toter Mann“ und der Waldstellungen
nordöstlich davon streitig zu machen, im Keime erstickt worden.
Zwischen Maas und Mosel hat sich die Lage nicht
verändert.

Südlich von Niederspach drangen unsere Patrouillen
nach wirkungsvoller Beschießung der feindlichen Gräben in
diese vor, zerstörten Verteidigungsanlagen und brachten
einige Gefangene und Beute mit zurück.

Im Luftkampf wurde ein französisches Flugzeug süd-
östlich von Beine (Champagne) abgeschossen; die Insassen
sind verbrannt.

Feindliche Flieger wiederholten heute nacht einen An-
griff auf deutsche Lazarette in Ligny (östlich von Conflans).
Der erste Angriff war in der Nacht zum 13. März erfolgt.
Militärischer Schaden ist nicht verursacht; von der Be-
völkerung sind eine Frau schwer, eine Frau und zwei
Kinder leichter verletzt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Patrouillenkämpfe an verschiedenen Stellen der Front;
keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.
Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. März. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.
Bei der Armee Pflanzers-Baltin und bei der Heeresgruppe
Boehm-Ermolli beiderseits erhöhte Artillerietätigkeit.

Nordöstlich von Kozlow an der Steppe wiesen unsere Sicher-
ungstruppen russische Vorstöße ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Die Angriffstätigkeit der Italiener an der Isonzofront war
gestern schwächer. Zwei Versuche starker Kräfte, gegen die Bod-
garstellung vorzugehen, wurde durch Artilleriefeuer verhindert.
Am Nordhange des Monte San Michele wurde ein feindlicher
Angriff blutig abgewiesen. Die Geschützkämpfe dauerten vielfach
nachts fort.

Auch an der kärntner Front hält das Artilleriefeuer im Fella-
Abschnitt an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Dufatans (aus der hufatanischen Agave wird der Sisalhanf
oder „Henoquen“ gewonnen). Die Arbeit dauert vom Morgen-
grauen bis Sonnenuntergang; die meist in Naturalien oder
in Anweisungen auf bestimmte von den Plantagenbesitzern
errichtete Kramläden bestehenden Löhne sind gering, Aus-
beutung und Mißhandlung häufig.

Wer sind aber die Besitzer dieser Berg-
werke und Plantagen? Sehr selten Deutsche und
Franzosen. Auch das englische Kapital ist nur in relativ ge-
ringem Maße an solchen Minen- und Plantagenbetrieben be-
teiligt. Zum Teil sind die Besitzer reiche Mexikaner; mei-
stens aber Nordamerikaner. Das in den mexika-
nischen Bergwerksbetrieben angelegte Yankee-Kapital beträgt
mindestens das Fünffache des einheimischen
Kapitals, und auch der Großhandbetrieb ist zu einem wesent-
lichen Teil in Händen von Nordamerikanern, die allerdings
meist nicht selbst auf ihren Hacienden sitzen, sondern die Ver-

waltung sogenannten „Administradores“ übertragen haben,
die sich wieder ihre „Majordomos primeros“ (Oberaufseher
und Abteilungsleiter) halten.

Wenn also in Mexiko entsetzliche Zustände existieren,
dann ist das nicht zum wenigsten eine Schuld
der Yankee-Kapitalisten, und der Nordamerikaner
John Kenneth Turner, der Verfasser der 1911 in Chicago er-
schienenen Schrift „Barbarous Mexico“, der lange Zeit dem
Studium der Arbeiterverhältnisse Mexikos gewidmet hat, hat
nur allzu recht, wenn er offen erklärt: „Die Vereinigten
Staaten haben teil an dieser Sklaverei in Mexiko. Nachdem
Uncle Sam seine eigenen Negersklaven schon vor einem halben
Jahrhundert befreit hat, ist er wiederum zum Sklavenhalter
geworden, aber in einem fremden Lande.“

Tatsächlich haben denn auch immer zugleich mit den
mexikanischen Haciendados die amerikanischen Großfarm-
besitzer sich dagegen aufgelehnt, als im vorigen Jahrhundert
einige wohlmeinende mexikanische Präsidenten und Gouver-
neure sich bemühten, die Schuldhörigkeit aufzuheben oder
wenigstens zu mildern. Ja, die Yankees sind es so-
gar mehrfach gewesen, die zur Ausdehnung
der Zwangsarbeit den Anlaß gegeben haben.

Allerdings hat man in der kapitalistischen Presse der
Union teilweise die Angaben Turners glattweg bestritten;
aber zum Unglück für diese Ableugnungen hat die mexika-
nische General-Admiral-Inspektion eine Art Verteidigungsschrift
oder richtiger Beschwörungsschrift verfaßt, betitelt „Mexico
y el problema obrero rural“ (Mexiko und das Landarbeiter-
problem) und darin werden in allen wesentlichen Punkten
Turners Angaben bestätigt. Allerdings Sklaverei gibt es
nach dieser Schrift in Mexiko nicht, nur Schuldwangsarbeit
und Kontraktarbeit, und das Schuldarbeitssystem ist auch (was
ganz richtig ist) nicht erst von den heutigen Mexikanern er-
funden, sondern von den Azteken übernommen; aber die
Sache selbst vermag die amerikanische Ad-
miral-Inspektion, da sie zu offenkundig ist, nicht
zu bestreiten, und so hilft sie sich mit dem Einwand, ein
freies Arbeiterverhältnis wäre nur da möglich, wo willige
Arbeiter der launischen Rasse zu finden seien, niedrige-
stehende Arbeiter minderwertiger Rassen, wie Indianer und
Neger, wären zu indolent und faul zu beständiger, gleich-
mäßiger Arbeitsleistung — sie müßten daher notwendiger-
weise gezwungen werden.

Tatsächlich ist denn auch kein Fremder in Mexiko so un-
beliebt wie der Nordamerikaner, und zwar gerade bei jenen
mexikanischen Volkselementen, die noch an eine bessere Zu-
kunft ihres Landes glauben. Man sieht in dem Yankee ge-
wissermaßen den Typus des rücksichtslosesten Ausbeuters.
Wenn also die amerikanischen Truppen tiefer in das Innere
Mexikos vordringen, können sie sich auf langen zähen Wider-
stand gefaßt machen. Leicht wird ihnen die gewinnlose „Bazi-
fizierung“ kaum werden. Die Zukunft wird's lehren. (2.)
H. C.

Washington, 15. März. (W. Z. B.) Die Associated Press
meldet, hat die erste Abteilung der zur Verfolgung
Villas ausgefandten amerikanischen Truppen am Nachmittag
des 14. März in der Nähe von Columbus mexika-
nischen Boden betreten.

Washington, 15. März. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen
Bureaus. Hier kommen viele einander widersprechende sensationelle
Verichte von der mexikanischen Grenze. Da dort eine Genue
eingesendet wurde, läßt sich nicht feststellen, ob sie richtig sind oder
nicht. Unter anderem heißt es, daß Stadtkommandant von „Tijuana“
ein Anhänger Carranzas ermordet wurde. Als er versuchte, eine
Reiterei seiner eigenen Truppen, die einen Einfall in die Ver-
einigten Staaten versuchten, zu unterdrücken. Ferner wird gemeldet,
daß der amerikanische Konful in Torreón und die dortigen Amerikaner
im Begriffe seien, abzureisen, und daß der britische Konsul die
Wahrnehmung der amerikanischen Interessen übernommen habe.

Die Verfolgung Villas.

New York, 16. März. Vom Vertreter von W. Z. B. Wie
amtlich aus San Antonio (Texas) gemeldet wird, haben sich die
Truppen Carranzas mit den in Mexiko eindrin-
genden amerikanischen Truppen vereinigt und
begleiten sie bei der Verfolgung Villas.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. März. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von
gestern nachmittag. Westlich von der Maas machte der Feind
im Laufe der Nacht seinen neuen Angriffsversuch. Auf der Front
zwischen Vöschincourt und Cumieres gelang es uns, durch Bajonett-
angriffe und Handgranatenkämpfe die gestern vom Feinde an der
Höhe 265 besetzten Grabenstücke teilweise zurückzunehmen. Wir halten
Vöschincourt, die Höhe Toter Mann, den Südrand des Waldes von

Cunières und das Dorf Cunières. Im ganzen Abschnitt hielt die Beschießung lebhaft an und wurde von unserer Artillerie kräftig bekämpft. Vom rechten Maasufer ist nichts Wichtiges zu melden, ebenso aus der Boevre, wo die beiderseitige Beschießung zeitweilig aussetzte. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Paris, 16. März. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Mikrowa abend. In Belgien beschossen wir wirksam feindliche Schützengräben in der Gegend von Het Sas und Langemark. Nördlich der Aisne haben wir die Zugänge von Wille-aux-Bois beschossen. Ein von uns in der Champagne auf die deutschen Stellungen südlich von St. Souplet unternommener Angriff gestattete uns feindliche Schützengräben zu besetzen und einige Gefangene zu machen. Westlich der Maas hat die Beschießung im Laufe des Tages merklich nachgelassen. An der Front Béhincourt—Cunières wird keinerlei Infanterietätigkeit gemeldet. Auf dem rechten Ufer ziemlich lebhaft Tätigkeit in der Gegend von Baug und Damloup. Einige Schärmzüge mit Handgranaten fanden von Seiten unserer vorgeschobenen Abteilungen auf den Abhängen östlich des Forts von Baug statt. In der Boevre Beschießung der Dörfer am Fuße der Maasböden. Unsere Artillerie ist an der gesamten Front sehr tätig, besonders östlich des Fresnesgehölzes in der Boevre, wo unser Feuer eine starke Explosion bei einer deutschen Batterie hervorrief.

Belgischer Bericht. Abgesehen von beiderseitiger Beschießung in der Gegend nördlich von Eperhyse ist nichts von der Front der belgischen Armee zu melden.

Die englische Meldung.

London, 15. März. (B. Z. B.) General Haig berichtet: Gestern abend machten wir einen kleinen Streifzug südlich von Verlorenhoef mit befriedigenden Ergebnissen. Heute waren die beiderseitigen Artillerien bei Dulluch und Opren tätig. Viele Luftkämpfe wurden zum Auszug gebracht. Ein Angriff auf unsere Erkundungsabteilungen wurde abgeblasen. Ein feindlicher Beobachtungsballon wurde zum Niedergehen gezwungen.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 16. März. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 15. März.

Westfront: Ein deutsches Flugzeug überflog die Umgebung von Friedrichstadt und versuchte, als es von unserer Artillerie beschossen wurde. Bei Jakobstadt beiderseits heftiges Feuer. Bei Dinaburg in der Nähe von Mlyst und an der Eisenbahn nach Poniewicz zerstreute unsere Artillerie lange feindliche Trainsolonnen. Zwischen dem Medbun und dem Demmen-See beschossen wir mit Erfolg feindliche Kolonnen auf dem Marsch. Südlich des Prypec und in Galizien an der Strypa hatten wir für uns günstige Kämpfe mit feindlichen Patrouillen. **Kaukasus:** Auf der weiteren Verfolgung der Türken machten wir wiederum sechs Offiziere und dreihundertsechunddreißig Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten zwei Gebirgsgeleise.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 16. März. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht. In der Hochgebirgsgegend des Tonale, im oberen Jellatale, erweiterte und verstärkte Tätigkeit unserer Artillerie, begleitet von der Angriffstätigkeit der Infanterie, die unseren Batterien günstige Ziele verschaffte. Längs der Frontfront kam es gestern zu lebhaften Artilleriekämpfen und Zusammenstoßen von Infanterieabteilungen. Wir machten Fortschritte in der Gegend des Ronbon (Mittlerer Becken) und auf der Höhe, die Lucinico beherrscht. Südöstlich von San Martino griff der Feind nach starker Artillerievorbereitung frühmorgens die von uns tags zuvor eroberten Stellungen an. Er wurde überall mit stärkeren Verlusten zurückgeschlagen. Doch betrug uns die vereinte Wirkung des feindlichen Artilleriefeuers aller Kaliber, die den ganzen Tag heftig anhielt, bei Nacht ein kleines Schanzwerk zu räumen, um unnütze Verluste zu vermeiden. Die Stellung ist ständig dem Sperrfeuer unserer Abteilungen ausgesetzt. Nähe Vorstöße unserer Infanterie ermöglichten uns die Gefangenennahme von etwa 80 Mann, darunter 8 Offizieren, und Brodten und Gewehre, Munition und anderes Kriegsmaterial als Beute ein.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 16. März. (B. Z. B.) Das Hauptquartier meldet: Am 13. und 14. März haben vier Kreuzer und zwei Torpedoboote des Feindes getrennt und zu verschiedenen Stunden einige Granaten auf die Umgebung von Telle Burun abgeschossen. Sie wurden durch die Antwort unserer Artillerie gezwungen, sich zu entfernen. Eines unserer Flugzeuge griff feindliche Flugzeuge mit Maschinengewehrfeuer an und zwang sie, nach Imbros zu fliehen. Am 14. März abends von einem feindlichen Flugzeuge in der Umgebung der Landungsstelle von Aba abgeworfene Bomben fielen sämtlich ins Meer. Wir schossen ein feindliches Flugzeug zwei Kilometer östlich des Kanals von Suez ab. Seine Insassen entflohen. Sonst nichts von Bedeutung.

Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 15. März. (B. Z. B.) Eine amtliche Meldung aus Mesopotamien besagt, die britische Infanterie habe am 11. März vorgeschobene türkische Stellungen am Tigris gestürmt und eine erhebliche Anzahl Türken mit dem Bajonett getötet. Die Abteilung habe sich dann unter Mithnahme von 2 Offizieren und 50 Mann Gefangenen zurückgezogen.

Englische Sorgen um die Lage am Tigris.

London, 13. März. (B. Z. B.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Man muß zugeben, daß die Lage am Tigris Anlaß zu vielen Sorgen gibt. Die russischen Truppen, die durch den armenischen Laurus vordringen, werden vielleicht in Stande sein, die türkischen Verbindungslinien zu bedrohen, aber wesentliche Unterstützung kann General Townsend nur durch die britischen Entlastungskolonnen erhalten, die augenblicklich wieder nicht vorwärts kommen.

Der Krieg in Aegypten.

Kairo, 15. März. (B. Z. B.) Amtlich. General Feinton hat am 14. d. M. Sollum besetzt. Am 13. d. M. ließ der Feind seine Munitionsvorräte in die Luft springen und leistete am folgenden Tage nur schwachen Widerstand. Die Verfolgung wurde mittels Panzerautomobilen, Kavallerie und Kamelreitern ins Werk gesetzt. Es wurden 28 Gefangene eingebracht, darunter drei Offiziere, und neun Maschinengewehre erbeutet. Etwa fünfzig Feinde sind gefallen, darunter drei Offiziere. Das feindliche Lager ist in unserer Hand. Ueber eine Viertel Million Paket Gewehrmunition wurden vernichtet.

Hinrichtung von Armeniern.

Konstantinopel, 15. März. (B. Z. B.) Drei Armenier aus Adabasar und Waghskedzil, die überführt worden waren, Mitglieder des armenischen revolutionären Komitees zu sein und Bomben verfertigt zu haben, sowie ein zum Islam übergetretener Armenier aus Brussa, der eine Bewegung gegen die Regierung ins Werk gesetzt und Spionage für England getrieben hatte, wurden zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde auf dem Plage vor dem Kriegsministerium vollstreckt.

Der Fortgang des Weltkrieges

vom 7. bis 13. März.

Von Richard Sädle.

Neuerlich betrachtet, haben die Ereignisse auf allen Schauplätzen des Weltkrieges keine erhebliche Weiterentwicklung erfahren. Wir sehen fast überall einen Stellungskrieg, der nur durch die Tätigkeit von Aufklärungsabteilungen, durch gelegentliche überraschende Vorstöße kleinerer Truppenkörper, durch Geschützfeuer und Luftkämpfe die innere Anruhe verleiht und in gespannter Erwartung zukünftiger Entwicklungen entgegenzusehen scheint.

Unsere ganze Aufmerksamkeit wendet sich natürlich dem großen Ringen um Verdun zu. Hier stehen sich beide Teile noch immer in voller Kampfbereitschaft gegenüber, wenn auch die letzten Tage die entscheidende Tätigkeit des Fußvolkes nur in geringem Maße gezeigt haben.

Wir können bisher drei Abschnitte der Schlacht unterscheiden. In dem ersten, der etwa vom 21. bis einschl. 25. Februar läuft, dringen die Deutschen in unaufhaltsamem Ansturm von Norden her gegen die französische Stellung vorwärts Verdun vor und werfen die Franzosen in einer Tiefe von durchschnittlich acht Kilometer zurück. Mit der kurz entschlossenen Erstürmung der Panzerfeste Douaumont eroberten sie bereits die vorgeschobene Nordostseite der ständigen Festungswerke.

Am 26. Januar beginnt der zweite Abschnitt, der etwa bis zum 7. März dauert. Im Norden der Festung unternehmen die Franzosen mit Hilfe starker, von rückwärts herangebrachter Verstärkungen immer wiederholte wütende Gegenstöße, besonders in der Gegend der Feste Douaumont und des nordöstlich davon gelegenen Waldes von Hardaumont. Alle diese Angriffe werden nach schweren Kämpfen unter großen Verlusten für den Gegner abgewiesen. Zugleich räumen unsere Truppen die eroberte Stellung im Innern auf. Sie dehnen sie nach Westen bis zur Maas aus, verbessern die Frontlinie und sichern insbesondere den Besitz des weit vordringenden Forts Douaumont durch Erstürmung des 700 Meter nordwestlich gelegenen gleichnamigen Dorfes sowie der Höhen und Waldstücke in der Nähe. Ganz besonders blutige Kämpfe scheinen in dem Walde von Hardaumont und um die dort liegenden französischen Werke stattgefunden zu haben. Bei ihnen fiel auch der bekannte Hauptinische Abgeordnete Oberst Driant, der Schwiegerohn Boulanger, in die Hände unserer Truppen — ob tot oder lebendig, ist noch nicht bekannt.

Während hier so hart gerungen wurde, begann der deutsche Angriff auch von Osten her in der Boevre-Ebene. Auch hier wurde der Gegner etwa acht Kilometer zurückgedrängt, und erit am Fuße der steil emporstrebenden bewaldeten Maasböden wurde sein Widerstand hartnäckiger. Erst als in der Nacht vom 6. zum 7. März das Dorf Fresnes erobert wurde, war das niedrige Hügelgelände östlich der Festung von Dieppe im Norden über Blangée und die Gehölze von Fresnes von Manheulles bis zur so oft beihumftirten Combrochöhe im Süden seit in der Hand unserer Truppen. Hier fanden sie Anstich an die fast schon im Beginn des Krieges genommenen Berghöhen bis zu dem am 25. September 1914 erstürmten Forts Camp des Romains und an das westlich der Maas liegende Städtchen St. Mihiel. Die Franzosen hatten nunmehr auch hier ihre ständigen Befestigungswerke unmittelbar hinter sich, von den festen Bau, Laraines, Koulainville, sechs bis sieben Kilometer östlich Verdun, über die Sperrforts Génicourt, Trohon, Les Paroches hinweg.

Am 6. März trat die große Schlacht in ihren dritten Akt. Der Angriff der Deutschen griff nunmehr auf das linke Maasufer hinüber; auch dort gerieten ihre Linien in Bewegung, die gegenüber dem Vordringen östlich der Maas zurückgeblieben waren. Zunächst fiel Jorques an der Maas, 12 Kilometer nordwestlich der Stadt Verdun, in ihre Hand; am 7. März wurden dann Regnéville, die Höhe Oye, die Waldstücke Corbeaux und Cumières im blutigen Kampfe größtenteils gewonnen; nur an einzelnen Stellen innerhalb dieser Linie wehrten sich die Franzosen noch mit verzweifelter Tapferkeit. Die Stellung der Deutschen war vier Kilometer vorgeschoben, sie hatte Anstich an die Truppen östlich der Maas gewonnen und sich bis auf vier Kilometer den westlich des Flusses liegenden Forts der Franzosen genähert. Auch hier setzten sofort heftige Gegenstöße des Feindes ein, die tagelang fortgesetzt wurden, das schließliche Ergebnis aber nicht ändern konnten. Das Gelände zwischen Dorf Béhincourt und der Maas war am 11. März endlich seit in der Hand der Deutschen. Nur das Dorf Jelsch und die Höhe des Toten Mannes (Le mort Homme auf den Karten) wurde von den Gegnern noch behauptet.

Zwischen war auf dem rechten Maasufer eine Episode in dem Kampfgeschimmel eingetreten, in dem es einer früh vordringenden deutschen Reserverbrigade gelang, am 8. März Dorf und Feste Baug in jedem Anlauf fortzunehmen und damit ein Glied aus der geschlossenen Kette der ständigen Werke im Nordosten der Festung herauszureißen. Gegenüber den in dieser sichtbar großen Gefahr rücksichtslos dagegen eingeschritten französischen Massen konnten sie aber am folgenden Tage das auf beiden Seiten umfahnte Werk nicht halten. Das Dorf Baug wurde endgültig behauptet. Merkwürdig ist es, daß der französische Bericht der zeitweiligen Verlust des Forts überhaupt nicht zugeht und daher auch seine Wiedereinnahme nicht melden kann.

Seitdem herrscht um Verdun herum bis jetzt hauptsächlich eine mehr oder minder lebhaft Tätigkeit der starken, auf beiden Seiten eingeschlossenen Geschützmassen.

Die von den französischen Militärschriftstellern so heiß geforderte „Entlastungsoperation“ an anderen Stellen der Front hat bisher noch nicht stattgefunden. Die Engländer haben zwar am 28. Februar, am 2. und 6. März einige schwächliche Vorstöße in geringer Stärke gemacht, bei denen aber noch kaum die bisher von ihnen im Stellungskampfe entwickelte Entschlossenheit gezeigt wurde. Nur der Angriff am 2. März, südöstlich Opren gegen den Hügel „Des Bluffs“, hat dabei einen Keinen Erfolg gehabt, die anderen beiden wurden glatt abgewiesen. Aber auch die französischen Angriffe erreichen nicht einmal den Umfang, den die Deutschen den übrigen am 27. Februar und 6. März in der Champagne und am 10. März bei Wille-aux-Bois, 20 Kilometer nordwestlich Reims, zu geben wußten. Wenn der Gegner an dem so oft verkindeten Gedanken einer großen Frühjahrsoffensive noch festhält, ist er jedenfalls bis zu diesem Augenblicke dazu noch nicht imstande gewesen. Sonst hätte er sie sicher in diesen schicksalsschweren Tagen unternommen.

Im Nordosten, bei der Heeresgruppe Hindenburg, haben nur gänzlich belanglose Gefechte stattgefunden, dagegen haben seit langer Zeit zum ersten Male am 12. März in Wessarabien und am 12. März wieder stärkere russische Vorstöße eingeleitet, und in Italien hat die Artillerie des Gegners am 11. und 12. März besonders vor der ganzen Frontfront ihr Feuer in bemerkenswerter Weise gezeigt. Am letzten Tage fand zugleich ein vergeblicher Angriff bei Selz statt. Man wird diese erhöhte Tätigkeit im Auge behalten müssen; sie fällt zeitlich zusammen mit dem Kriegstrategie unserer Gegner in Paris.

In Albanien haben die Oesterreicher, wie zu erwarten war, sich nicht mit der Eroberung von Durazzo begnügt, sondern sind in aller Stille und in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse sogar recht rasch gegen Valona weiter vorgezogen. Sie haben die Italiener ohne Mühe am südlichen Semeni-Ufer geworfen und am 10. März bei Peros über die Bojsa zurückgetrieben. Damals standen sie also bereits 82 Kilometer südlich Durazzo, das sie erst am 20. Februar besetzt hatten, und nur noch 18 Kilometer von Valona entfernt. Es wird sich nun bald zeigen müssen, ob die Italiener gewillt sind fähig sind, in den Schanzen, die sie um diesen Hafen aufgeworfen haben, einen hinreichenden Widerstand zu leisten. Fallt Valona, so ist der letzte Rest Albaniens für sie verloren.

Im Saloniki sehen sich die feindlichen Heere seit Monaten gegenüber; die so angekündigte Offensive der Franco-Engländer ist immer noch nicht Tatsache geworden. Im Traz haben die englischen Streikkräfte unter Thaler einen neuen Versuch unter-

nommen. Auf-el-Amara zu entsenden, ihr Angriff aber hat sich an den türkischen Stellungen zwischen Effen und Jelasie gebrochen, sie haben zurück gemußt. Die Türken behaupten, daß jene in diesen vom 6. bis 8. März dauernden Gefechten 5000 Mann verloren hätten; die verdächtige Dunkelheit der englischen Berichte läßt fast vermuten, daß diese Angabe nicht sehr übertrieben sei. Inzwischen wollen nun freilich die russischen Streikkräfte in Persien von Samadan über Kermanschah unter glücklichen Gefechten weiter in Richtung auf Bagdad vorgezogen sein, dem sie sich am 11. März bis auf 200 Kilometer genähert hätten. Aber dazwischen liegt noch das sehr schwierige perlsche Randgebirge, das ihren weiteren Vormarsch mindestens erheblich verzögern wird. Und von Bagdad bis Kut-el-Amara sind nochmals 170 Kilometer. Die Frage wird allmählich brennend, auf wie lange der eingeschlossene General Townsend noch mit Lebensmitteln versehen ist. Auch in Armenien rücken die Russen in breiter Front vor und scheinen neuerdings wieder Fühlung mit den türkischen Truppen gewonnen zu haben. Dem Hafen von Trapezunt hatten sie sich am 7. März bis 70, 75 Kilometer entfernt, genähert. Seitdem schweigen ihre Nachrichten.

Ein holländischer Dampfer gesunken.

Amsterdam, 16. März. (B. Z. B.) Die Blätter melden: Nach einem drahllosen Telegramm befinden sich der Dampfer „Tubantia“ des holländischen Lloyd beim Noordhinder Leuchtschiff in sinkendem Zustand. Einzelheiten fehlen.

Die niederländische Telegrammagentur meldet aus Rotterdam vom 16.: Es ist soeben die drahllose Meldung eingetroffen, daß die „Tubantia“ torpediert wurde und sich in 51 Grad 46 Minuten nördlicher Breite und 2 Grad 45 Minuten östlicher Länge in sinkendem Zustand befindet. Aus Soel van Holland wird noch berichtet, daß das Dampfrettungsboot ausgefahren ist, um dem sinkenden Dampfer beizustehen. Zu demselben Zweck fahren aus Vlissingen Torpedoboote aus.

(Notiz des B. Z. B.: Es ist höchstwahrscheinlich, daß die „Tubantia“ auf eine Mine gelaufen ist.)

Amsterdam, 16. März. (B. Z. B.) Nach den hier vorliegenden Meldungen ist noch nicht sicher festgestellt, ob die „Tubantia“ torpediert wurde oder auf eine Mine gelaufen ist. In einem Bericht, der bei dem Marineministerium eingelaufen ist, wird von beiden Möglichkeiten gesprochen. Andererseits erhielt die Direktion des holländischen Lloyd heute um 3 Uhr 25 Minuten morgens ein Telegramm vom Kapitän des Dampfers, welches lautet: „Sind durch ein Torpedo getroffen, Schiff sinkt.“ Drei Stunden später kam der drahllose Bericht, daß der Zustand des Schiffes unheilbar sei und daß der Kapitän mit den Leuten der Besatzung, die sich noch an Bord befanden, das Schiff verlassen haben. Die Passagiere und ein großer Teil der Besatzung hatten das Schiff sofort nach dem Unfall verlassen. Wahrscheinlich lag die „Tubantia“ infolge der Dunkelheit und des herrschenden Nebels beim Noordhinder Leuchtschiff vor Anker, als die Explosion erfolgte. Zwei Schuppen mit Passagieren und Besatzung sind heute um 8 Uhr früh beim Noordhinder Leuchtschiff angekommen. Der Frachtdampfer „Kraakata“ der Niederlandgesellschaft berichtet, daß er einige Passagiere der „Tubantia“ an Bord habe, und daß er ein anderes holländisches Schiff mit vielen Verwundeten passiert habe. Auch ein schwedischer Dampfer befand sich in der Nähe, um Hilfe zu leisten. Die „Tubantia“ wurde rückwärts gesteuert, so daß die Steuervorrichtung sofort in Unordnung geriet. Der Dampfer sank innerhalb drei Stunden. An Bord befanden sich 204 Mann Besatzung, 42 Passagiere erster, 33 zweiter und 8 dritter Klasse. Der Dampfer ist gesunken genau um 6 Uhr 30 Minuten nachmittags aus Imuiden ausgefahren und war mit 13.911 Brutto-Tonnen eines der größten Schiffe, die von Amsterdam aus verkehren.

Aus Vlissingen wird noch berichtet, daß heute früh die Posten-Transportschiffe „Coergen“ und „Vlissingen Nr. 3“ sowie ein Torpedoboote und ein Rettungsfließboot zur Hilfeleistung ausgefahren. Nach den bisher vorliegenden Meldungen scheint niemand ums Leben gekommen zu sein. Der Wert des Schiffes wird mit 4 Millionen Gulden angegeben.

Manhuys, 16. März. (B. Z. B.) Auf dem Dampfer „Tubantia“ befanden sich 87 Passagiere, darunter Amerikaner und deutsche Frauen.

Amsterdam 16. März. (B. Z. B.) „Handelsblad“ erfährt, daß sich einige Torpedoboote mit Schiffsrückführern der „Tubantia“ auf dem Wege nach Vlissingen befinden. Um 1/2 Uhr ist das erste Torpedoboote mit 65 Mann von der Besatzung angekommen. Die „Tubantia“ hatte Post an Bord und führte ungefähr 700 Tonnen Ladung, die aus Strohballen bestand. Nach einem beim Marineministerium eingetroffenen Bericht ist die „Tubantia“ zwei Meilen östlich vom Leuchtschiff „Noordhinder“ gelunken. — Aus Imuiden wird gemeldet, daß die Beamten, die bei der Auslieferung des Dampfers an Bord der „Tubantia“ waren, erklären, daß sich keine Nordamerikaner an Bord befanden. Unter den Passagieren seien vier Brasilianer, ein Schweizer, ein Russe und einige Chilenen gewesen.

Die Engländer in Deutsch-Ostafrika.

London, 15. März. (B. Z. B.) Smuts berichtet aus Ostafrika: Wir besetzten am 13. März Moshi auf dem Wege nach Arusha, das wahrscheinlich vom Feinde geräumt ist. Der Feind zieht sich schnell südwärts zurück, wobei ihm die Tanga-Eisenbahn große Dienste leistet. Die zahlreichen Flüsse hielten seine Verfolgung einigermaßen auf. Für die Größe der Niederlage des Feindes bei Kitobo mehrten sich die Anzeichen. Im Busch und an den Abhängen der Hügel wurden zahlreiche tote gefunden. Auch fanden wir eine Kanone und drei Maschinengewehre, die der Feind im Stiche gelassen hatte.

Anmerkung des B. Z. B.: Nach der vorstehenden Nachricht ist kaum daran zu zweifeln, daß die englische Heeresleitung nach anfänglichen zahlreichen Misserfolgen nunmehr einen groß angelegten Angriff mit weit überlegenen Kräften und unter Ausnutzung ihrer technischen Hilfsmittel gegen Ostafrika unternommen und einen gewissen Erfolg erzielt hat. Das Kilimandscharogebiet, welches seit Beginn des Weltkrieges Schauplatz zahlreicher, für uns meist günstiger Gefechte war, ist wohl zunächst in die Gewalt der feindlichen Uebermacht geraten. Die durch mehrere Burenregimenter verstärkten englischen Angriffstruppen haben augenscheinlich dieselbe Umgehungsstrategie angewandt, die ihrer Uebermacht auch im Kampf gegen Deutsch-Südwest zum Erfolg verholfen hat. Die Steppen um den Kilimandscharo bieten ähnliche günstige Verhältnisse für die Verwendung von Kraftwagentruppen, wie sie auch in Südwestafrika das Vorgehen des Feindes begünstigten. Dabei darf man nicht übersehen, daß die Engländer die verflochtenen Kriegsmomente dazu benutzen haben, zwei Bahnen gegen das Kilimandscharogebiet vorzutreiben, sodaß auch hierdurch für die Angriffstruppen besonders günstige Verhältnisse geschaffen und ihnen vor allen Dingen die Heranführung von schwerer Artillerie möglich gemacht wurde. Aus dem englischen Bericht ergibt sich nur, daß unsere tapfere ostafrikanische Schutztruppe dem Druck sie umfassender, meist überlegener feindlicher Kräfte ausweichend, sich in ein für ihre besondere Beschaffenheit günstigeres Gelände zurückgezogen hat.

Eine Kriegsrede im Unterhaus.

London, 15. März. (B. Z. B.) Unterhaus. Long, der im Namen der Regierung über den Gesetzesentwurf sprach, erwähnte zunächst gewisse Bemängelungen der Militärpolitik, auf welche im einzelnen zu erwidern nicht im öffentlichen Interesse liegen würde. Er wies auf die vielen tausend Meilen hin, die England von einigen seiner Alliierten trennen und fuhr fort: Die Schwierigkeiten der so getrennten Regierungen bei der Durchführung des gemeinschaftlichen Krieges bedürfen keiner Schilderung, und doch ist es eine Tatsache, für die wir nicht genug dankbar sein können, und für welche der Regierung ein kleiner Kredit gewährt werden sollte, daß nach 18 Monaten Krieg bei all den verschiedenen Anschauungen in den verschiedenen Ländern und bei den verschiedenen Interessen, welche die einzelnen alliierten Länder beherrschen, das Bündnis heute stärker, widerstandsfähiger und wirklicher ist, als es je gewesen ist. (Beifall.) Die Beziehungen zwischen unseren großen Verbündeten und uns sind derart, daß sie uns die vollste Zurechnung gewähren, daß wir nicht nur bis zum Ende dieses bitteren Kampfes Schulter an Schulter stehen und als eine Nation kämpfen werden, sondern daß auch, wenn der Krieg einmal vorüber und der große Sieg gewonnen und der Friede wieder hergestellt sein wird, das Bündnis, die Freundschaft und die Zuneigung nicht zu Ende sein, sondern für immer bestehen bleiben werden als ein Beweis dafür, daß wir als ein gemeinsames Volk zusammengestanden und als eine Nation gekämpft haben. Das ist einer der wertvollsten Aktivistposten, welchen die Alliierten heute besitzen.

Englische Zukunftspläne.

London, 16. März. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei der Wahl des Direktoriums der Handelskammer in Manchester wurden von insgesamt 22 Direktoren 18 gewählt, die gegen Freihandel mit Deutschland nach dem Kriege sind.

Die Nationalliga der britischen Arbeiter, die errichtet wurde, um alle britischen Bürger für eine umfassende nationale Politik zu gewinnen, erließ ein Manifest, das von sechs Mitgliedern der parlamentarischen Arbeiterpartei und anderen unterzeichnet ist. Es wird darin die Kontrolle der nationalen Industrien durch die Arbeiter, die Anerkennung der allgemeinen Militärpflicht, eine Föderation aller Staaten des britischen Reiches und eine Veränderung der internationalen britischen Handelspolitik, die von dem Gesichtspunkte der politischen und kommerziellen Verteidigung der britischen Staaten und ihrer Verbündeten aus zu geschähen habe, verlangt. Das Manifest erklärt, die schließliche Internationalisierung könne nur dann zustande gebracht werden, wenn zwischen unabhängigen und einander respektierenden Nationen bindende Abkommen geschaffen werden. Die solideste Grundlage für eine solche internationale Verständigung ist die Integrität des britischen Reiches. Um diese aufrecht zu erhalten und zu stärken, müssen Handel und Industrie des Reiches gegen die billigen Erzeugnisse unserer jetzigen Feinde geschützt werden.

Deutsch-französische Verständigungsaktionen.

Zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs sind während des Krieges mehrfach Verständigungen erzielt worden. So über den Austausch kriegsuntauglicher Gefangener, über die Unterbringung erkrankter Kriegsgefangener in schweizerischen Kurorten, und jetzt hat die französische Regierung auf Schritte hin, die von deutscher Seite unternommen wurden, angeordnet, daß die familiären deutschen, österreichischen und ungarischen Zivilpersonen, die in Nordafrika in Sedona, Laghout und Djella interniert waren, nach Frankreich übergeführt werden. Die gefangenen Männer ohne Angehörige werden auf der Insel St. Marguerite, die Familien im Kloster La Chartreuse bei Le Puy untergebracht werden.

Das portugiesische Koalitionskabinett.

Lissabon, 16. März. (B. Z. B.) Die Minister für Finanzen, Krieg, Auswärtige Angelegenheiten, Marine und Öffentliche Arbeiten bleiben in dem neuen Kabinett, das sich folgendermaßen zusammensetzt: Kolonien und Vorkrieg: Almeida; Marine: Coutinho; Finanzen: Costa; Krieg: Maito; Auswärtiges: Soares; Justiz: Mosquita Carvalho; Öffentliche Arbeiten: Silva; Unterricht: Pedro Martins; Inneres: Ferreira Reis. Ein Ministerium für Arbeit und Unterstützungen wird vom Parlament geschaffen werden.

Aus der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Die sozialdemokratische Dumafraktion hat im Verein mit der „Arbeitsgruppe“ einen Gesetzentwurf über die Aufhebung aller nationaler und konfessioneller Beschränkungen in der Duma eingebracht. Dem Entwurf ist eine umfangreiche Denkschrift über die Geschichte und das Wesen dieser Beschränkungen beigefügt.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Dumafraktion, Genosse Tschaidse, ist an einer Lungenentzündung schwer erkrankt. Täglich laufen bei ihm von Arbeiterorganisationen wie auch von bürgerlicher Seite Telegramme mit Genesungswünschen ein. Die Generalversammlung des Petersburger Schriftstellerverbandes, eine Gruppe Teilnehmer des Kadettenkongresses, die „Arbeitsgruppe“ in der Duma, bekannte liberale Politiker sandten ihm Sympathieerklärungen. In Anbetracht der prononziert-antifriserischen und schroff-oppositionellen Stellung des erkrankten Genossen sind diese Kundgebungen von recht symptomatischer Bedeutung.

Etat und Steuern.

Schatzsekretär Helfferich gab am Donnerstag im Reichstag dem Etat, der in Verbindung mit den neuen Kriegsteuern zur ersten Lesung auf der Tagesordnung stand, eine fünfviertelstündige Rede mit auf den Weg. Nur fünfviertel Stunden — aber es war wohl nicht viel mehr und nicht viel wirksamer zur Empfehlung der neuen großen Steuererschöpfung zu sagen. Herr Helfferich sprach mit kühler Sachlichkeit, nur gelegentlich die geschäftlichen Ausführungen durch eingestreute Sarkasmen würzend.

Die Rede Helfferichs zerbrach innerlich in zwei Teile, die miteinander kontrastierten. Der erste diente dem Nachweise, daß es um die Finanzen des Reiches schlecht bestellt ist, daß selbst bei Fortlassung des Militär- und Flottenetats ein erhebliches, durch die neuen Steuern auszugleichendes Defizit sich herausstellt, und daß im Gebäude der Reichsfinanzverwaltung strenge Ordnung geschaffen und gehalten werden muß, wenn nicht die „bis herige gesunde Basis“ ernstlich in Frage gestellt werden soll. Der zweite Teil bemühte sich, der Öffentlichkeit und vor allem dem Auslande zu beweisen, daß wir sozusagen „heidenmäßig viel Geld“ haben, wovon die strogenden

Bunddepots, die gewaltigen Kapitalkonsumtionen und die steigenden Sporkasseneinlagen glänzendes Zeugnis ablegen. Logischerweise wäre zwischen beiden Erscheinungen eine zweckmäßige Verbindung in dem Sinne zu schaffen, daß der Schatzsekretär, dem es weniger um Originalität in der Steuerfindung als um Erziehbildung der Steuerquellen zu tun ist, das Geld von den Stellen nähme, an denen es sich anhäuft. Also von den Banken, den Kapitalisten, den während des Krieges durch Vermögenszuwachs Beglückten. Von dieser Logik will aber Herr Helfferich nicht viel wissen! Die maßgebenden wirtschaftlichen Kräfte der Nation, worunter er in erster, zweiter und dritter Linie den Kapitalbesitzer versteht, müssen im Interesse des Ganzen geschont werden, nachdem sie angeblich bereits bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen worden sind; gleichwohl muß bei der unumgänglichen Fortsetzung des Krieges den Anleihezeichnern die Verzinsung ihrer Einzahlungen sichergestellt werden — also greift Herr Helfferich in den Beutel derer, die „es tragen können“. Das sind die Tabak- und Zigarettenraucher, denn diese Leute treiben Luxus in opfervoller Zeit; das sind die altmodischen Bargeldzahler, denen mit Hilfe des Quittungstempels bessere, nämlich bargeldlose Zahlungsmitteln beigebracht werden müssen; das sind die Briefschreiber und Frachtgutempfangler, die endlich Verständnis dafür entwickeln mögen, daß Milliardenunternehmungen des Reiches nicht ohne entsprechende Verzinsung arbeiten können; das sind die breiten Massen des Volkes, denen der Krieg so große Einkünfte und Gewinne in den Schoß geworfen hat, daß die Zahl der Sparkassensparer während des Krieges um Hunderttausende in die Höhe geschwollen ist. Man sieht, Herr Helfferich ist in der Tat originell, wenn auch weniger auf dem Gebiete der Steuertechnik, als in der Art der Begründung seiner Steuerprojekte. Die Besteuerungen haben den doppelten Trost: daß es nach Helfferichs Versicherungen dem Auslande finanziell noch schlechter ergeht als uns, und daß später einmal an den Steuergehehen ja Wiltierungen und Korrekturen vorgenommen werden können.

Das Vorbild Englands, so erklärte Herr Helfferich, habe keinen Einfluß auf seine Steuerprojekte ausgeübt. Man glaubt es ihm ohne seine Versicherung und Verwahrung, denn die Tatsachen bezeugen es drastisch. Dort Heranziehung der großen Einkommen und Vermögen bis an die Grenze der Konfiskation; hier neue Belastung auf indirektem Wege. Wer wünschte nicht, daß ein Satz aus Helfferichs Rede in diesem Zusammenhang Wahrheit werden möchte: Auch vom Feinde kann und soll man lernen!

Politische Uebersicht.

Bethmann und der Bundesrat.

Die Korrespondenz Hoffmann (München) meldet: Gestern nachmittag fand im Reichskanzlerpalais unter dem Vorsitz des Staatsministers des Reichern Dr. Grafen v. Hertling eine Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt. Der Reichskanzler gab dem Ausschuss eine eingehende Darstellung der gesamten Lage, wie sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkt des Weltkrieges für uns ergibt. Die zuverlässlichen und von dem unerfütterlichen Willen zum Durchhalten bis zu einem siegreichen Ende getragenen Ausführungen des Reichskanzlers beschäftigten sich mit allen wichtigen schwebenden Fragen. Die vom Kanzler vertretene Politik fand die ungeteilte und vertrauensvolle Zustimmung sämtlicher Mitglieder des auswärtigen Ausschusses. (B. Z. B.)

Stürmische Kultusdebatten.

Auch am Donnerstag kam es im preussischen Abgeordnetenhaus wieder zu stürmischen Szenen. Genosse Liebknecht, der in Fortsetzung der Beratung des Kultusetats als erster Redner zum Kapitel „Höhere Lehranstalten“ das Wort erhielt, kritisierte eingehend den Charakter unserer Schulen, wobei er den Nachweis führte, daß sich das Erziehungswesen von den sozialen Zuständen nicht lösen lasse. Er forderte mit Nachdruck eine Reform des gesamten Schulwesens, vor allem die Einheitschule, damit der Aufstieg zur höheren Bildung nicht mehr ein Akt der Gnade ist, sondern ein Recht, auf das jeder befähigte Schüler Anspruch hat, und wandte sich weiter gegen den Mißbrauch, der heute vielfach zu politischen Zwecken mit der Schule getrieben wird. Liebknechts Ausführungen riefen wiederholt lebhaften Unwillen und Protestrufe aus der Rechten hervor; auch der Präsident Graf Schorlemer unterbrach den Redner mehrmals, er rief ihn zweimal zur Sache und dreimal zur Ordnung, und als er nach dem dritten Ordnungsruf die Anfrage an das Haus stellte, ob es Liebknecht weiter anhören wolle, da stimmten die bürgerlichen Abgeordneten gegen die Sozialdemokraten für Wortentziehung.

Die weitere Debatte, in der die Abgeordneten Wildermann (B.), Dr. Hankenburg (nail.) und Cassel (Hortfshr. Vp.) zu Worte kamen, drehte sich in der Hauptsache um rein technische Schulfragen, wie die Beseitigung der Vorschulen zu den höheren Lehranstalten, die Verdrängung der Mittelschulen und die Erleichterung des Uebertritts besonders veranlagter Schüler von den Volksschulen in die höheren Schulen. Der Kultusminister erklärte sich bereit, befähigten Kindern in höherem Maße als heute den Besuch höherer Schulen zu ermöglichen, lehnte es aber im übrigen ab, sich über die großen Probleme des Schulwesens, die noch ihrer Lösung harren, zu äußern.

Am Freitag wird das Elementarunterrichtswesen beraten.

Budgetbewilligung in Hamburg.

Die sozialdemokratische Fraktion bewilligte am 15. März in der Bürgerschaft das Budget. Eine begründende Erklärung wurde im Gegensatz zum Vorjahr diesmal nicht abgegeben.

Das Koalitionsrecht vor dem sächsischen Landtag.

Im November 1915 brachte die sozialdemokratische Fraktion der sächsischen Zweiten Kammer einen Antrag ein, der unbeschränktes Koalitionsrecht für alle Staatsarbeiter fordert. Wie überall kommen auch in Sachsen hauptsächlich die Eisenbahner hierbei in Frage. Jetzt erst kam dieser Antrag zur Verhandlung. In der Zwischenzeit war versucht worden, durch direkte Verhandlungen mit der Regierung diese von ihrem Koalitionsfeindlichen Standpunkt abzurufen. Der Versuch ist gescheitert. Der Finanzminister, unter dessen Verwaltung das Eisenbahnwesen steht, erklärte, nachdem er Rücksprache mit der Betriebsverwaltung der Staatsbahnen, dem Ministerium des Innern und den Fraktionsvorständen genommen habe, die Regierung keine von ihrem Stand-

punkt nicht abgehen, daß die Zugehörigkeit zu einer Organisation, die das Streikrecht anerkennt — im vorliegenden Fall handelt es sich um den Transportarbeiterverband —, nicht zugestanden werden könne. Man wolle die Arbeiterausschüsse ausarbeiten und mehr im Einvernehmen mit diesen arbeiten. Falls der Transportarbeiterverband das Verbandsstatut änderte und das Streikrecht daraus streiche, würde das immer erst eine Tatsache sein, die erst einer späteren Beurteilung zu unterwerfen wäre. Die politische Gesinnung soll frei sein. Dem Besuche von Versammlungen werde im allgemeinen kein Hindernis bereitet, wenn der in Frage kommende Staatsarbeiter nicht agitatorisch aufträte. Vorbehalten müsse man sich aber das Verbot des Lesens von Zeitschriften, die Unzufriedenheit erregen.

Diese Antwort des Ministers bedeutet in allen Punkten eine glatte Ablehnung jeder Veränderung der bisherigen Praxis. Die Staatsarbeiter bleiben also noch wie vor vom Koalitionsrecht wie von der freien politischen Betätigung ausgeschlossen. — In der Verhandlung über den sozialdemokratischen Antrag suchte der Finanzminister den Regierungshandpunkt noch näher zu begründen und berief sich dabei auf die anderen Bundesregierungen und auf die Reichsregierung, die in dieser Frage völlig einig seien. Die bürgerlichen Parteien griffen die sozialdemokratische Forderung an, sie waren in der Ablehnung dieser Forderung alleinig, Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler. Einige versiegten sich sogar zu der Behauptung, daß die Eisenbahner das Recht, das ihnen die Sozialdemokraten aufdrängen wollen, gar nicht begehrten. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich der Beschwerdekommission übergeben. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlung ist an seine Annahme nicht zu denken.

Der Nachfolger des Herrn v. Tirpitz.

Admiral Eduard v. Capelle wurde am 10. Oktober 1855 in Celle geboren und trat als Kadett 1873 in die deutsche Marine ein. Am 15. Februar 1876 wurde er zum Unterleutnant zur See, am 20. November 1879 zum Leutnant zur See, am 15. Dezember 1887 zum Kapitänleutnant, am 16. Juli 1894 zum Korvettenkapitän, am 12. Dezember 1898 zum Fregattenkapitän, am 8. Oktober 1900 zum Konteradmiral, am 5. September 1909 zum Vizeadmiral und am 12. April 1913 zum Admiral befördert. Den erblichen Adel erhielt er 1912.

Von 1891 bis 1894 hatte er ein Kommando beim Reichsmarineamt und war 1894 bis 1895 erster Offizier des Linienschiffes „Weißenburg“. Von dieser Zeit an hatte er keine Vorstellung mehr inne. Seit 1895 gehörte er dauernd dem Reichsmarineamt an. Zunächst als Dezent der militärischen Abteilung, dann als Vorstand der Staatsabteilung und seit 1904 als Direktor des Verwaltungsdepartements. Diese Stellung hatte er bis zu seinem Scheiden am dem Dienst inne. Er nahm den Abschied im November 1915. Er galt vielfach als der erste Beistand des Staatssekretärs des Reichsmarineamts.

Regelung des Fleischverbrauches.

Berlin, 16. März. (B. Z. B.) Zu den Meldungen über eine Regelung des Fleischverbrauches erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß eine solche wohl bevorstehe, daß aber bisher noch keine Entscheidung darüber getroffen ist, ob diese Regelung durch die Einführung von Fleischkarten oder in anderer Form erfolgt.

Fleischkarten in Bayern?

Auf eine Eingabe des Fremdenverkehrsrates des Bayerischen Fremdenverkehrs, in dem an die Bayerische Staatsregierung die Bitte gerichtet war, bei der Einführung der Fleischkarte auf den Fremdenverkehr möglichst Rücksicht zu nehmen, erklärte Ministerialdirektor v. Braun, daß die Staatsregierung auf die Bedürfnisse des Fremdenverkehrs bei der Einführung der Fleischkarte in weitestgehendem Maße Rücksicht nehmen werde.

Die Einführung der Fleischkarte sei noch den mit den übrigen Bundesstaaten gepflogenen Verhandlungen überlassen, nicht nur für Bayern, sondern gleichzeitig auch für Baden, Württemberg und Sachsen in Aussicht genommen. Die Verhältnisse würden voraussichtlich in sehr kurzer Zeit zu einer allgemeinen Einführung dieser Einrichtung für ganz Deutschland führen. Jegliche Fleischkarte würde in Bayern freizügigkeit herrschen und bezüglich der Nachbarstaaten würden die Verhältnisse vertraglich festgelegt werden, so daß dadurch eine Hemmung des Fremdenverkehrs nicht eintrete. Auch für Fremde, die aus Bundesstaaten kommen, wo die Fleischkarte noch nicht eingeführt sei, werde die Frage befriedigend gelöst werden. Nach diesen Ausführungen ist anzunehmen, daß die Fleischkarte demnächst in Bayern und einigen anderen Bundesstaaten zur Einführung kommt und vielleicht für ganz Deutschland eingeführt wird.

Befreiung der Dissidenten Kinder vom Religionsunterricht will die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses beantragen. Der einzubringende Antrag lautet nach der Nationalliberalen Korrespondenz:

„Kinder, die keiner Religionsgemeinschaft angehören oder einer solchen, für die Religionsunterricht an der Volksschule, die sie besuchen, nicht erteilt wird, können gegen den Willen des Vaters oder anderer Erziehungsberechtigter zum Besuch des Religionsunterrichts nicht angehalten werden.“

Der schwedische Abstinenzantrag.

Stockholm, 15. März. (B. Z. B.) Der Antrag der Abstinenzpartei auf strengere Beschränkungen des Ausschanks von geistigen Getränken wurde heute von der Ersten Kammer abgelehnt und von der Zweiten Kammer angenommen. Der Antrag ist zurzeit gefallen.

Kriegsbekanntmachungen.

Privatpaketverkehr nach dem Felde.

Der Postpaketversand nimmt erfahrungsgemäß vor dem Osterfeste stets einen größeren Umfang an. Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Verkehrs ist es notwendig, die Annahme der Privatpakete nach dem Felde vorübergehend und zwar in der Zeit vom 12. bis 23. April des Jahres einzustellen. Die Annahme und Beförderung der Feldpostpakete erleidet keine Beschränkung.

Letzte Nachrichten.

Die Neutralität der Schweiz.

Bern, 16. März. (B. Z. B.) Der Ständerat hat heute in zwei Sitzungen ebenfalls die Neutralitätspolitik des Bundesrates und das Verhältnis zwischen Zivil- und Militär Gewalt besprochen. Nach einem Schlußwort des Bundespräsidenten Decoppet beschloß der Rat einstimmig, dem Beschluß des Nationalrates auf Genehmigung des Berichtes des Bundesrates über seine Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität zuzustimmen. Damit ist die Angelegenheit parlamentarisch im Sinne eines vom Nationalrat mit allen gegen wenige sozialistische Stimmen und vom Ständerat einstimmig angenommenen Vertrauensvotums für die innere und äußere Politik des Bundesrates sowie für die Armeeführung erledigt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Szenen aus der Schlichtungskommission.

Die Schlichtungskommission für Militärärzte war in ihrer letzten Sitzung in der Hauptsache eine Instanz zur Regelung von Differenzen auf dem Gebiete der Militärärzteleberstunden. Hier sieht es ungefähr ebenso aus wie im Militärärzteleberstunden-Gewerbe, und wie gut angebracht auch hier ein scharfes Zupacken ist, zeigt ein Fall, der besonders charakteristisch lag. Es lagten fünf Arbeiterinnen gegen die Firma D. L. e. i. u. S. t. e. h. r. Der Tarifpreis für Patronengürtel beträgt 13 Pf. Trotzdem hat die Beklagte nur 9 Pf. an die Klägerin gezahlt, indem sie für Kniffen und Ansteden 4 Pf. anrechnete. Die Klägerinnen sind feinerzeit zur Polizei gegangen und haben Anzeige erstattet. Daraufhin wurde die Firma in eine Strafe von 500 M. genommen und ihr die Militärarbeit entzogen. Außerdem erteilte die königliche Munitionsfabrik in Spandau den Klägerinnen den Rat, die Schlichtungskommission anzusuchen. So hatte sich diese mit der Angelegenheit zu befassen. Obgleich alle antwortenden Sachverständigen einmütig erklärten, daß 4 Pf. Abzug für die genannten Arbeiten ungenügend sei und 1 Pf. vollst. genüge, bequeme sich der Beklagte nicht zu einem gütlichen Vergleich. Somit mußte die Kommission zu einem Urteil gelangen, das in eine Verurteilung auslief. Der Beklagte wurde zur Bezahlung von insgesamt 242,20 M. verurteilt! Außerdem hat er natürlich auch die Kosten für das Urteil zu entrichten. Das Gericht war zu der Ueberzeugung gelangt, daß 4 Pf. Abzug unangemessen und höchstens 1 Pf. berechtigt gewesen sei. Es mußten also noch 3 Pf. pro Stück nachgezahlt werden.

In mehreren anderen Fällen kam es zu Vergleichen, wonach den Klägerinnen Beträge von 20 M. bis 480 M. zustießen.

In einigen Klagen mußten die Klägerinnen abgewiesen werden, teils weil es sich herausstellte, daß die Firmen tarifmäßig gezahlt hatten, teils weil die Forderungen weiter als zum 6. Dezember zurückreichen. In einem solchen Falle erklärte Kiedel vom Verband der Saitler (Portefeuliers) den Klägerinnen: „Die Saitler-Schlichtungskommission nimmt Klagen, welche Arbeiten betreffen, die vor dem 6. Dezember d. J. geleistet worden sind, nicht mehr an. Arbeiten Sie nicht ins Blaue hinein und verlangen Sie rechtzeitig den rechtmäßigen Lohn. Daß es einen Tarif gibt, wissen die meisten Arbeiterinnen, daß es eine zuständige Organisation gibt, alle. Auch Sie wußten es. Hätten Sie sich rechtzeitig dorthin gewandt, so wären Sie vor Schäden bewahrt geblieben. Jetzt aber müssen Sie abgewiesen werden.“

Die Agitation unter den Angestellten in den Kauf- und Warenhäusern wurde nach dem Bericht, den Fröhlich in einer Brandenburger Versammlung erstattete, durch die fortwährende Einberufung der jeweiligen Vertrauensleute merklich beeinträchtigt. Es war jedoch trotzdem noch möglich, immer wieder Erfolge für die Eingezogenen zu schaffen. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Organisation der neu in diesen Beruf eingetretenen weiblichen Kräfte. Die meisten derselben waren erst durch den Krieg aus ihrer Häuslichkeit in den Kämpfungsring hineingetrieben worden. Aber auch da

war die Agitationsarbeit nicht vergebens, sondern von Erfolg begleitet.

Was die Löhne anbelangt, so ist festzustellen, daß sich die Gewerkschaft herausgebildet, die Gehälter nach der Stadtgegend abzustufen. In einem Warenhause sind auch Kriegseinmalen für 15 M. die Woche beschäftigt, ferner arbeiten dort Staatsbeamte nach Feierabend.

Bei Jandorf ist es durch gemeinsame Verhandlungen gelungen, zweimal eine Teuerungszulage zu erwirken. Auch wurde eine bessere Regelung der Ueberstunden durchgeführt. Dagegen liegen die Verhältnisse im R. d. W. nicht günstig.

Bei Joseph in Neuföhren konnte gütlich eine Teuerungszulage durchgesetzt werden. Leider besteht dort immer noch die Sonntagsarbeit.

Bei Gustav Cords in der Leipziger Straße sind auch noch Wochenlöhne von 24 M. zu verzeichnen. Ein Kaufhaus in der Breite Straße hat eine Teuerungszulage von 3 M. pro Woche gewährt, eine Firma in der Landsberger Straße hat ebenfalls eine Teuerungszulage zugestanden.

In der Diskussion rügte Wappler, daß Kriegsüberläufer für 15 M. beschäftigt werden. Dies widerspreche dem, was die Kriegsausschüsse festgelegt haben. Für das Transportgewerbe besteht ein solcher Ausschuss auch, der Verband der Kauf- und Warenhäuser hat sich aber dem Beitritt entzogen.

Ueberstunden in der Strohhutindustrie.

Die Hutmacher sind bemüht, die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit zu befeitigen, damit auch den Arbeitslosen Beschäftigung und Verdienst zuteil wird. Wie in der letzten Mitgliederversammlung des Hutmacherverbandes mitgeteilt wurde, bestreitet die Strohhutzeitung, daß in der Strohhutindustrie Ueberstunden gemacht werden. Der Hutmacherverband ist aber vom Gegenüber überzeugt. Er meint, wenn auch in Berlin im allgemeinen nicht in besonders hohem Maße Ueberstunden- und Sonntagsarbeit geleistet werde, so sei das in anderen Orten, wo die Strohhutindustrie dominiert, um so mehr der Fall. Um einwandfreie Feststellungen hinsichtlich der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit in der gegenwärtigen Strohhutindustrie zu machen, hat der Hutmacherverband Fragebogen an seine Mitglieder ausgegeben.

Deutsches Reich.

Neuorientierung?

Unter dieser von ihm selbst gewählten Ueberschrift muß der „Grundstein“ folgendes mitteilen:

„Im Januar wurden unsere Kollegen bei der Firma Dönl u. Flach in Düsseldorf wegen Bewilligung einer Teuerungszulage vorgeführt. Zur Unterhandlung mit dem Unternehmer wählten sie eine Kommission von drei Mann. Der Unternehmer lehnte das Ansuchen unserer Kollegen rundweg ab, worauf 13 Kollegen anderwärts Arbeit suchten. Unter den drei Mann, die mit dem Unternehmer verhandelt hatten, war auch der Kollege Kernen, ein holländischer Staatsangehöriger, der aber seit seiner Jugend in Düsseldorf pünktlich seine Steuern bezahlt hat, nie agitatorisch hervorgetreten und auch niemals bestraft worden ist. Kollege Kernen belam sofort Arbeit bei einem anderen Unternehmer auf dem gleichen Werk, auf dem auch die Firma Dönl u. Flach ihre Arbeit hatte. Als Kollege Kernen schon 14 Tage bei dem anderen Unternehmer gearbeitet hatte, begegnete ihm der Unternehmer Dönl und fragte ihn, ob er der Arbeiter Kernen sei. Auf die Gegenfrage: „Warum?“ antwortete der Unternehmer, es sei nichts dabei. Zwei Tage später wurde Kollege Kernen aus dem

preussischen Staat ausgewiesen. Auf eine Beschwerde beim Oberbürgermeister wurde ihm mitgeteilt, daß er als Ausgewiesener und Verdränger gebildet sei; er müsse innerhalb dreier Tage (in dem Ausweisungsbefehl waren acht Tage genannt) das preussische Staatsgebiet verlassen, widrigenfalls ihm der Prozess wegen Verdrängung gemacht und er per Schuß abtransportiert werde. — So schreibt man uns aus Düsseldorf. Ein Kommentar dazu ist überflüssig.“

Ausland.

Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften zählte am 31. Dezember 1915 110 708 Mitglieder, darunter 6056 Frauen. Der Mitgliederstand hatte im Jahre 1915 um 9501 zugenommen.

Aus der Partei.

Frauenversammlung in Bremen.

Am Donnerstag, den 14. März, sprach Genossin Zieh (Berlin) in einer von etwa 2000 Personen besuchten Frauenversammlung in Bremen über das Thema: Frauenarbeitsarbeit und Staatsbürgerrecht. An die trefflichen, mit spannendem Interesse verfolgten Ausführungen schloß sich eine längere Debatte an. Die Versammlung hatte einen guten agitatorischen Erfolg: 108 Frauen wurden für den Sozialdemokratischen Verein, 15 Abonnenten auf die „Bremser Bürger-Zeitung“ und 88 neue Leser der „Gleichheit“ gewonnen. Der Bremer Arbeiter-Befreiungsbund lang bei Beginn und am Schluß der Versammlung einige entsprechende Volkslieder.

Flugblätter, die zum Besuch der Versammlung einladen sollten, konnten nicht verbreitet werden, ebensowenig einfache Handzettel. Der Besuch der Versammlung hat darunter nicht gelitten.

Gemeindevertreterwahlen in Schlesien.

Die im Wahlkreis Görlitz-Lauban bisher stattgefundenen Gemeindevertreterwahlen endeten mit der Wieder- bzw. Neuwahl unserer Genossen. In Röhls, einem Vororte von Görlitz, in dem wir bei Gemeindevertreterwahlen bisher unterlagen, haben die maßgebenden bürgerlichen Parteien unseren Genossen die zwei freierwerbenden Mandate zugestanden. In Langen 18 dagegen stellte der dortige freimüthige Verein unseren drei aus dem Gemeinderat scheidenden Genossen eigene Kandidaten gegenüber, die jedoch bei der Wahl unterlagen. Unsere Genossen erhielten eine Zweidrittelmehrheit.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Kachener Lederfabrik, A.-G. in Kachen, verdoppelt ihre Dividende von 10 auf 20 Proz.

Die Celler Lederwerke vorm. Fritz Wehl u. Sohn, A.-G. in Celle, hat ebenfalls eine Verdoppelung der Dividende von 10 auf 20 Proz. erreicht. Der Ueberschuß erhöhte sich von 251 978 auf 1 258 082 M.

Die Kunstfängerfabrik S. Stodt u. Co., A.-G. in Hildesfeld, verteilt 20 Proz. Dividende gegen 12 Proz. im Vorjahre.

Die Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik, A.-G. in Magdeburg, kann schon nach dem ersten Geschäftsjahr 15 Proz. Dividende verteilen.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**
Sonabend: **Macbeth.**
Sonntagschem. 2 1/2 (kleine Pr.): **Hamlet.**
Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Hierauf: Ballett.
Sonabend: Der eingebildete Kranke.
Hierauf: Ballett.
Sonntag 2 1/2 Uhr (kleine Preise): Die deutschen Kleinstädter.
Volksbühne. Theater a. Bülowl.
8 1/2 U.: **Fuhrmann Henschel.**
Dir. Moynard-Bornauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 U. u. 1 M.: Ein Traumspiel.
Komödienhaus
8 1/2 U.: Das Mädchen aus der Fremde.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wann zwei Hochzeit machen.

Lessing-Theater.
(Straßenbahnhaltestelle nur noch vor dem Theater, Ecke Karlstr.)
7 1/2 Uhr: **Peer Gynt.**
Sonabend: Ein Spiel vom Tod.
Deutsch-Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selbige Exzellenz.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

Theater für Freitag, den 17. März.
Deutsches Opernhaus Charlottb.
8 Uhr: **Dama Kobold.** (Erst- auführ.)
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Geb. Herrfeld-Theater
8 Uhr: **Sokrates und Perimutter.**
Kleines Theater.
8 Uhr: **Henriette Jacoby.**
Komische Oper.
8 Uhr: **Jung muß man sein.**
Lustspielhaus.
8 1/4 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: **Der Sternucker.**
Residenz-Theater
8 1/4 Uhr: **Loge No. 7** m. Henry Bender.

Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).
Sonntag 3 Uhr: **Wiener Blut.**
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Das Lumpengesindel.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Romeo und Julia.**
Thalia-Theater.
8 Uhr: **Blondinchen.**
Theater am Nollendorfpf.
8 1/4 U.: **Immer feste druff!**
Theater des Westens
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.** mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/4 U.: **Verheiratete Junggesellen.**

Rose-Theater.
8 Uhr: **Mutter Noack.**
Morgen 4 Uhr: **Rottkäppchen.**

Walhalla-Theater.
8 Uhr. Zum 1. Male:
„Es gibt nur ein Berlin.“
Sonntag 3 Uhr: **Grigri.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum 142. Male:
„Die von der Emden.“
Für Militärpersonen freier Eintritt zu den Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Palast
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Voller Erfolg des Riesen-März-Programms.
Olga Desmond in ihr. Neuheit: Ein Geistertraum.
Bernhard Hörbitz der berühmte Komiker.
Wiederauftreten **Lene Land**, die popul. Parod. u. d. übrigen Schlager. 12 erstkl. Nummern.

Freireligiöse Gemeinde
Jugendweihe
der Kinder von Mitgliedern der Freireligiösen Gemeinde am Sonntag, den 19. März, und am Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Stadthaus“, Eingang Jüdenstraße (an der Stralauer Straße).
Am 19. März: **Festrede** von Herrn Dr. Bruno Wille: „Das bessere Selbst“, 26. März: **Festrede** vor Herrn Ernst Däumig: „Lebensprobleme“.
Zu beiden Jugendwochen: Harmonium — Violine — Cello und Kinderchor.
Eintrittspreis 20 Pf., Kinder 10 Pf.
Da an den Jugendwochen im Berliner Stadthaus Eintrittskarten nicht verkauft werden dürfen, ersuchen wir die Mitglieder, sich vorher mit Karten zu versehen. — Karten sind bei A. Räder, Dänenstr. 9, in der Geschäftsstelle Pappel-Allee 15/17 zu haben.
Jeden Sonntag, vorm. 11 Uhr, in der Kl. Frankfurter Straße 6: **VORTRAG.**
2. April. Harmonium. Herr W. Bölsche. — 9. April. Harmonium. Herr Ernst Däumig: Soziale, geistige und religiöse Kämpfe im Mittelalter. — 16. April. Harmonium. Herr Ernst Rötter: Philosophie und Religion. — 23. April (1. Osterfesttag). Festvortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: **Das Kreuz als Sinnbild.** Harmonium. — 30. April. Harmonium. Herr Dr. Conrad Schmidt: **Naturalismus in der neuen Dichtung.** 53/3

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Tägl. 8 Uhr.
Neu! Neu!
Das erste Volksstück in dieser Spielzeit!
Die Vogelschenke.
Dazu das große Märzprogramm.
Sonntag 4 Uhr: **Sein Patent.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Friedenau
Bekanntmachung.
Der Vorstand hat auf Grund eines Erlasses des Ministers für Handel und Gewerbe vom 26. März 1914 beschlossen, die bisherige Abholung der Kasseneinträge durch Kassaboten mit Beendigung dieses Monats einzustellen und dafür die Zahlung durch Postcheck oder Banküberweisung einzuführen.
Somit 1. April d. J. werden demnach die Beiträge nicht mehr durch Kassaboten eingezogen, sondern es wird jedem Arbeitgeber eine Rechnung über die fälligen Beiträge, mit einer ausgefüllten Postcheck-Zahlkarte, zugehen.
Die Beiträge sind nach Zustellung der Rechnung innerhalb einer Frist von sieben Tagen einzuzahlen. Wird nach Ablauf dieser Frist Zahlung nicht geleistet, so erfolgt die Einleitung der Zwangsbeitreibung.
Arbeitgeber, welche die Beiträge im Wege der Banküberweisung einzahlen wollen, werden gebeten, uns hieron entsprechende Mitteilung zu geben. Es bleibt ausserdem jedem Arbeitgeber unbenommen, die Beiträge während der Kassentunden im Kassensaal einzuzahlen. 267/8
Bin.-Friedenau, 15. März 1916.
Der Vorstand.
Bauer, Vorsitzender.
Ulrich, Schriftführer.

WINTERGARTEN
Große Vorstellung!
Operette
Spezialitäten
Kino.
Frühjahrspreise (wochentags inkl. Steuer):
Parkett-Pult 1.-3. Reihe 4.—
4.-6. „ 3.—
* Parkett 2.— „ 1.50
Reservierter Platz . . . 1.—
Eintritt 0.90

Circus Busch
Täglich 8, Sonntags 3 1/2 u. 8 Uhr:
2000 Pfd. schwer. Belg. Arbeitsspferd Goliath i. d. H. d. Sch. ger. v. Botoni.
Elwino in seinen ungläublichen Entsetzungs-Produktionen!
4 Renellos, am Zirkus.
Eliso Martons, der lebende Weller!
3 Jalozioks, Eislaufroboter.
Althoffs neue Reijkerreflexen.
Dassi und Franzl, neue Späße.
2 Geschw. Jansly, 3 Schwestern Blumenfeld.
Nur noch kurze Zeit: Das so beliebte und erfolgreiche und noch immer beliebte Winterspiel **Ein Wintermärchen!**

Singer
unübertroffen
Ueber die Vorteile
verlange man untepe
10 Wert
Singer Läden überall

Luisen-Theater
8,15 Uhr: **Charlotte Klinger.**
Sonnenabend 4 Uhr: **Sneewittchen**
Sonntag 3 Uhr: **Die Räuber.**

Possen-Theater
Länienstraße, a. d. Friedrichstr. 8 1/4
Kobis Abenteuer
Der große Augenblick
mit Leonhard Haskel und Siegfried Berisch

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Gr. Wohltätigkeits-Konzert
zum Besten für die im Felde stehenden Krieger des Pionier-Ersatz-Bataillons Nr. 28, Küstrin. Mitwirkende: Militärmusik-Korps der kgl. Akademischen Hochschule für Musik. Leiter: 1. Armee-Musikinspizient Prof. Theod. Grawert. Musikkorps der Garde-Pioniere. Leiter: Obermusikm. Röhle. Musikkorps der 28. Pioniere. Leiter: Musikm. Tumforda. Berl. Konzerthaus-Orchester, Leiter: Komp. F. v. Blon. Solistin: B. Eus, kgl. Kammervirtuosin (Harfe).
Anfang 8 Uhr.
Karten im Vorverkauf 75 Pf. im Berl. Konzerthaus u. den mit Plakaten beleg. Handl. Abendkasse 1 M. Alle Vergünst. aufgehoben.

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
1/9 Uhr. 2, 3, 4 M.
Vorzügliche Küche!

Spezial-Arzt
Dr. med. Haedicke
Syphilis, Blutprobe, Ehrlich-Hata-Kur, Haut- und Harnleiden.
Chausseestr. 112, a. Stett. Bahnh. 11-1 u. 5-7. Sonntags 12-1.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 531.7208.

Central-Haus Jägerstr. 13!
Conc. Leihhaus
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.
Berantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Neuföhren. Inj.-atentheil verantw. Th. Glase, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt; Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Der Etat und die neuen Steuern.

24. Sitzung, Donnerstag, den 16. März 1916, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Deibredt, Helfferich, Lisco, Raetke.

Reichschatzsekretär Dr. Helfferich:

Während im vorigen Jahre der Reichshaushaltsplan mehr eine Formsache war, bei der größere sachliche Meinungsverschiedenheiten nicht auftreten konnten, sind diesmal mit dem Reichshaushaltsplan Fragen von großer sachlicher Bedeutung verbunden, in denen die Meinungen allerdings auseinandergehen können. Die Verbündeten Regierungen sind überzeugt, daß Ihre Verhandlungen über diese Frage vom gleichen aus der großen Zeit geborenen Geist durchdrungen sein werden wie Ihre bisherigen Beratungen: von dem Bewußtsein untrennbarer Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und von dem einheitlichen Willen, in diesem Kriege unter Deutlichkeit siegreich zu behaupten und unseres Volkes und Reiches Zukunft zu sichern.

Auch diesmal muß ich darauf verzichten, eine zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben vorzulegen. Wir haben bei der Aufstellung des Etats äußerste Sparsamkeit walten lassen. Bei den fortbauenden Ausgaben haben wir von der Schaffung irgendwelcher neuen Beamtenstellen abgesehen. Die im Etat geforderten Mittel werden einige Zeit vorhalten, bei Bedarf werden weitere beantragt werden.

Im außerordentlichen Etat sind die Ausgaben für Heer und Marine inbegriffen. Für das laufende Etatsjahr haben wir noch eine Friedensrate eingestellt, sie wird nicht in Anspruch genommen, für 1916 sehen wir davon ab; auch wenn der Friede bald kommen sollte, wird die Ueberleitung zum Friedenszustand längere Zeit erfordern und staatsrechtliche Uebergangsmassnahmen notwendig machen. Seine eigentliche Bedeutung erhält der Kriegsetat durch die Summen für den Dienst der Reichsschuld.

Serzierung und Tilgung figurieren mit 2303 Millionen Mark,

im vergangenen Jahre waren es 1286 Millionen Mark und im letzten Friedensjahre 240 Millionen Mark. Hier erschließt sich noch mitten im Kriege eines der größten staatswirtschaftlichen Probleme, die wir im Frieden zu lösen haben werden und dem wir nicht früh genug unsere Aufmerksamkeit und Sorge widmen können. Die Erhöhung der Ausgaben für den Schuldendienst um mehr als eine Milliarde Mark wird zunächst zur Hälfte ausgeglichen durch den Wegfall der laufenden Ausgaben für Heer und Marine; dieser Ausgleich wird noch verbessert durch die Herabminderung der Ausgaben um 80 Millionen Mark, so daß der Schuldendienst gegen das Vorjahr um 360 Millionen Mark höher erscheint. Auf der anderen Seite ist der Zehrbetrag, dessen letzte Rate von 338 Millionen Mark im vorjährigen Etat erschien, nicht mehr eingestellt, dagegen ist ein Uebertrag für 1915 in Höhe von 220 Millionen eingestellt. Insgesamt betragen die Einnahmen des ordentlichen Etats ohne Erhöhung neuer Quellen gegenüber dem Vorjahr 144 Millionen weniger und das gegenüber einem Mehr bei den Ausgaben in Höhe von 336 Millionen Mark. Es entsteht also

ein Fehlbetrag von 480 Millionen Mark.

Als Dedung schlagen die Verbündeten Regierungen die neuen Kriegssteuern vor. Damit ist der Etat aber nur formell ins Gleichgewicht gebracht. (Sehr wahr!) Wenn etwas im neuen Etat sicher ist, dann, daß die Anlagen die Einnahmen nicht erreichen werden. Der latente Fehlbetrag läßt sich nicht schätzen. Um ihn zu decken, haben wir einen Vorrat ein-gelegt, wonach die im Jahre 1916 eingehenden Erträge der Kriegsgewinnsteuer zur Dedung dieses Fehlbetrages verwendet werden können. Wir hoffen, daß dieser Vorrat sich in einer für die Reichsfinanzverwaltung erfreulichen Weise füllt. Wir haben deshalb im Entwurf des Kriegsgewinnsteuergesetzes vorgesehen, daß die juristischen Personen bereits nach dem Ende des zweiten Kriegsgeschäftsjahres vorläufig veranlagt werden können. Das zweite Kriegsgeschäftsjahr ist abgelaufen für die mit dem 31. August 1915 sowie für die mit dem 30. September schließenden Gesellschaften, aber auch für die, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, und auch für die Gesellschaften, die am 31. März schließen, und das sind nicht wenige. Hieraus sind erhebliche Beträge zu erwarten, da diese Gesellschaften erhebliche Mehrerträge zu verzeichnen hatten. Die Kriegsgewinnsteuer ist also gewissermaßen ein Ausgleichsposten, der uns über das rein formelle Gleichgewicht hinaus ermöglichen wird, dem tatsächlichen Gleichgewicht nahe zu kommen. Aber — um keine Illusionen aufkommen zu lassen: das ist immer erst die Befriedigung des rein bürgerlichen Reichshaushaltes, ohne Heeresausgaben. Und zur Balanzierung dieses rein bürgerlichen Haushaltes sind 460 Millionen neuer Steuern neben der Kriegsgewinnsteuer erforderlich.

Das ist das mindeste, das wir nach der Ansicht der Verbündeten Regierungen verlangen müssen, wenn nicht der Bau unseres Wirtschaftslebens ernstlich in Gefahr gebracht werden soll. Weiter geht unsere Absicht nicht. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil ich in der Presse und auch sonst der Meinung begegnet bin, ich habe mich von meiner vor einem Jahre vertretenen Finanzpolitik abbringen lassen. Vor einem Jahre habe ich nur erklärt, ich glaube von neuen Steuern absehen zu können, solange es möglich ist, den Etat ohne neue Einnahmen zu balancieren. Vor einem Jahre war das noch möglich, heute nicht mehr, und deshalb müssen wir die Konsequenzen ziehen. Auch vom Feinde soll man lernen, wie man es machen kann und wie nicht. Der englische Schatzkanzler hat eine Finanzpolitik verkündigt, nach der ein erheblicher Teil der Kriegskosten aus Steuern gedeckt werden soll. England wird zu Ende dieses Jahres aus Kriegssteuern etwa 122 Millionen Pfund herausgewirtschaftet haben. Das ist eine sehr achtenswerte Leistung der englischen Steuerzahler. Aber die Kriegsausgaben Englands werden bis Ende März 1 Milliarde 700 Millionen Pfund überschritten haben, der Betrag der Kriegssteuern macht davon also noch nicht ganz 7 Proz. über die Verzinsung der Kriegsschulden hinaus, also nicht sehr viel. Wir müssen auf dem von uns eingenommenen Boden stehen bleiben, nicht aus Prinzipienreitererei, sondern weil die größten praktischen Interessen für das Reich auf dem Spiele stehen.

Man hat freilich die Frage aufgeworfen, ob es wirklich nötig ist, unserem Volke jetzt neue Steuern aufzuerlegen und hat dabei gesagt, es handle sich ja nur um ein paar hundert Millionen. Zu einer solchen Großzügigkeit kann ich mich nicht aufschwingen. (Heiterkeit.) Eine runde halbe Milliarde sind die Zinsen von 10 Milliarden und daß diese Summe nach dem Friedensschluß nicht ohne weiteres vorhanden sein wird, darüber sind wir uns doch klar. 500 Millionen sind eine sehr weite Zahl für die Regelung der Reichsfinanzen. Die Zeit wird kommen, wo wir uns wieder bescheiden an die Rechnung mit Millionen gewöhnen werden, und wo wir sehr ernstlich erwägen werden, ob wir 50 oder 100 Millionen mehr haben. Es ist Tatsache, daß große Schulden viel verschwenderischer machen, als großer Reichtum. Vor dieser Gefahr haben wir uns zu hüten. Wir können den Krieg finanziell nur durchhalten, wenn unser Haus auch im Kriege gut bestellt ist. Wir können unserem Volk, das jetzt vom vierten Male seine Spargroschen dem Vaterlande darbringt, nicht die Opfer der Milliardenbeträge zumuten, wenn wir die Verzinsung nicht sicherstellen. Das ist nicht Formalismus und Kleinlichkeit, sondern unbedingte Pflicht. (Zustimmung.) Es wäre ja für mich persönlich angenehmer, die Sache

auf die leichte Schulter zu nehmen und ebenso für das hohe Haus. Wir beschränken unsere Vorschläge in der Erfüllung der Notwendigkeit auf das Mindestmaß des Vertretbaren. Wir mögen unsere Hoffnungen auf einen finanziell günstigen Friedensschluß noch so hoch spannen — diese Hoffnung halten wir aufrecht — trotzdem wird eine erhebliche Steigerung der Reicheinnahmen eine Notwendigkeit sein. (Sehr wahr!) Deshalb müssen wir heute schon tun, was an uns liegt, um den Reichswagen im Gleise einer gesicherten Finanzwirtschaft zu halten. Die Befürchtung, Sie haben die halbe Milliarde ohne Not bewilligt, braucht Sie nicht zu drücken. (Heiterkeit.) Im Gegenteil; eher gehen die Steuerentwürfe nicht weit genug. Es gäbe nur eine einzige Entschuldigung für ein Unterlassen der Beschaffung neuer Steuern: Die Unmöglichkeit, die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Diese Entschuldigung steht uns Gott sei Dank nicht zur Seite, die 500 Millionen sind keine Leistung, die dem deutschen Volke nicht zugemutet werden könnte. Wir werden wie bisher unseren Weg machen und in der Welt vorankommen, wenn wir auch in der Beurteilung der einzelnen Steuern nicht so einig sind wie früher. Ich kann nicht sagen, daß mich das freut. (Heiterkeit.) Aber vielleicht werden Sie doch bei näherer Prüfung zu der Ueberzeugung kommen, daß die vorgeschlagenen Steuern das geringere Uebel gegenüber anderen sind und sich zum mindesten damit abfinden. Sie werden nicht erwarten, daß ich jetzt die einzelnen Steuern eingehend begründe. Ich will Ihnen lediglich die Beurteilung des Gesamtprogramms erleichtern, indem ich die entscheidenden Gesichtspunkte darlege. Ich bitte, sich vor allem vor Augen zu halten, daß die neuen Steuern ein Rotbehelf für die Zeit des Krieges und den Uebergang in eine geordnete Friedenswirtschaft bilden und daß sie ihr natürliches Ende finden werden in der Neuordnung der Reichsfinanzen, die eine der ersten und wichtigsten Friedensaufgaben sein wird, die aber zu ihrer Lösung natürlich Zeit brauchen wird. Der Reichstag wird also in die Lage kommen, diese Steuern in absehbarer Zeit einer gründlichen Revision zu unterziehen. Allerdings gebe ich zu, an eine Abschaffung der Steuern ohne Ersatz wird auch im günstigsten Falle nicht zu denken sein.

Dieser Charakter der Steuern als Rot- und Uebergangssteuern wird Ihnen ebenso wie den Verbündeten Regierungen die Verantwortung zwar nicht abnehmen, aber doch erleichtern, und Ihnen, wie ich zuversichtlich hoffe, die Möglichkeit geben, einem anderen wichtigen Erfordernis zu entsprechen, das sich aus dem Charakter der Steuern als Rotsteuern ergibt, nämlich dem Erfordernis der prompten Erhebung und der sofortigen Inkraftsetzung. Jede Woche, die die neuen Steuern früher in Kraft treten, erleichtert die Dedung der Zinsenlast unserer Schulden um 10 Mill. Mark. Es gilt ohne neuen Apparat mit möglichst einfachen Mitteln einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen. Wir haben jetzt weder Zeit noch Leute, um neue Organisationen auf diesem Gebiete zu schaffen, und müssen uns deshalb notgedrungen in der Hauptsache an das Gegebene anlehnen. Man hat mir den Vorwurf gemacht, die neuen Steuern entbehren der Originalität. Nun, in der Lage, in der wir uns befinden, kommt es mir mehr auf Geld als auf Originalität an. (Heiterkeit.) — Die vorgeschlagenen Steuern müssen im Zusammenhang betrachtet werden mit der Steuererhebung der Einzelstaaten, Kommunen und Kommunalverbände. Es sind doch schließlich immer wieder dieselben Steuerzahler, die vom Reich und den Einzelstaaten und von den Kommunen in Anspruch genommen werden. (Sehr richtig!) Der fortgesetzte wachsende Geldbedarf des Reichs hat nun das Steuergebiet der Einzelstaaten und Kommunen immer mehr eingeengt und auf die direkte Einkommen- und Vermögenssteuer beschränkt. Der Krieg stellt ja nun nicht nur an das Reich, sondern auch an die Einzelstaaten und Kommunen große finanzielle Anforderungen, die nur zum Teil durch Anaproduktionen hantamägen Kredit befriedigt werden können. Kommunen und Einzelstaaten sehen sich deshalb ebenfalls genötigt, ansehnliche Steuererhöhungen vorzunehmen, die in der Hauptsache auf dem Gebiete der direkten Besteuerung liegen. Ich verweise auf die neue Steuervorlage in Preußen. Für die großen Einkommen bringt sie eine Erhöhung der Steuerzuschläge um volle 100 Proz. des Normalsteuersatzes. Bei den mittleren Einkommen ist der Zuschlag wesentlich bescheidener und bei den kleinen Einkommen bis zu 2400 M. ist eine Erhöhung des Zuschlages überhaupt nicht vorgesehen. Dagegen wird bei den Altiengeellschaften ein Zuschlag erhoben, der als Doppelbesteuerung wirkt, weil auch die Aktionäre als solche von der Einkommenbesteuerung erfaßt werden. Ähnlich liegen die Dinge in den meisten anderen Staaten. Es werden überall die direkten Steuern stark erhöht, und zwar unter Freilassung der kleineren und unter Schonung der mittleren Einkommen. Wie weit diese Schonung geht, ersehen Sie daraus, daß von den hundert Millionen, die die Steuern in Preußen bringen sollen, 95 Millionen von den Besitzern mit einem Einkommen von über 10 500 M. getragen werden. (Hört! Hört! rechts.) Daß auch die Kommunen so gut wie überall gesteuert werden, ist Ihnen bekannt. Berlin wird voraussichtlich von 100 auf 160 Proz. kommen, die meisten Vorortgemeinden auf 170 Proz. Im übrigen bilden 330 Proz. und mehr heute keine Ausnahme mehr. Die Ansprüche an die Kommunen und Einzelstaaten werden sich im Laufe des Krieges voraussichtlich noch steigern. An diesen Tatsachen kann niemand etwas vorübergehen. Der Krieg ist ein eiserner Lehrmeister. Er verlangt, daß neue Einnahmen für das Reich geschaffen werden. Es können aber nicht alle Verbe auf derselben Weide grasen. Der Bedarf des Reichs kann nicht auf demselben Steuergebiet befriedigt werden, das jetzt von den Einzelstaaten und Kommunen so stark in Anspruch genommen wird. Deshalb kommt nach der bestimmten Auffassung der Verbündeten Regierungen als direkte Reichsteuer nur die Kriegsgewinnsteuer in Frage. Allerdings bedeutet auch sie schon eine umfassende Vermögenszuwachssteuer. Sie geht bis zum fast zwanzigfachen Betrag des Höchstbetrages, der nach dem geltenden Vermögenssteuergesetz erhoben werden kann. Ich bin mit den Verbündeten Regierungen der Meinung, daß wir mit dieser Ausgestaltung der Steuer und der Höhe der Sätze in der Tat bis an die Grenze dessen gegangen sind, was wir gegenüber unserer wirtschaftlichen Zukunft noch verantworten können. (Zuruf: Na, na! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie zusammenrechnen, was auf diesem Gebiete vom Reich, von den Einzelstaaten und Kommunen an Steuern erhoben wird, werden Sie mir doch wohl zustimmen, wenn Sie auf dem Boden unserer wirtschaftlichen Ordnung stehen.

Was die indirekten Steuern anlangt, so sind wir davon ausgegangen, daß die Besteuerung notwendiger Lebensbedürfnisse von vornherein ausgeschlossen sein soll. Das liegt ja auch in der Richtung der gesamten Politik, die wir hinsichtlich des Lebensunterhalts der Bevölkerung während des Krieges verfolgt haben. Wir haben es gewiß schwerer als unsere Gegner, die offene Getreidezufuhr haben, trotzdem aber haben wir von allen Ländern die niedrigsten Brot-, Kartoffel- und auch Zuckerpreise. Von allen Genussmitteln ist

der Tabak

zweifellos das geeignetste zur Besteuerung. Es geht der Tabakindustrie in diesem Kriege wesentlich besser, als anderen großen Industrien, die Massenbedürfnisse herstellen. Der Verbrauch von Tabak

und Tabakerzeugnissen ist während des Krieges erheblich gestiegen und die Tabaksteuer und namentlich die Zigarettensteuer haben im Vergleich zu fast allen anderen Steuern höhere Erträge gebracht. Damit ist bewiesen, daß sie an Tragfähigkeit für eine weitere Belastung anderer Verkaufsgegenstände überlegen sind. Auch Schwierigkeiten für die Arbeiter sind diesmal nicht zu befürchten.

Niemand wird behaupten, auch der fanatische Raucher nicht, daß die Erhöhung der Tabak- und Zigarettensteuer ein unentbehrliches Genussmittel der breiten Masse trifft. Sollte die Kriegsteuer zu einer gewissen Verringerung der Einfuhr ausländischer Tabake führen, so würde ich das im Interesse unserer Handelsbilanz nicht bedauern.

Neben dem Tabak bleibt uns das Gebiet des Verkehrs als Quelle neuer Mittel. Bei den Milliarden und abermal Milliarden, die für den Verkehr aufgewendet werden, genügt ein verhältnismäßig beschäbener Zugriff bei den einzelnen Verkehrsmitteln, um sehr große Summen heranzuschaffen. Niemand wird behaupten können, daß unsere Vorschläge auf diesem Gebiet eine unerträgliche Belastung und Hemmung des wirtschaftlichen Verkehrs bedeuten. Wir haben ein großes Maß von Rücksicht genommen auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Auf diese Weise kann die Steuer auch ein Erzieher werden für ein besseres Zahlungssystem. Der Güterverkehr unserer Eisenbahnen hat auffällig wenig unter dem Kriege gelitten. Bei den gewaltigen Gütermengen, die die Eisenbahnen befördern, genügt eine für den einzelnen wenig fühlbare Belastung, um gewaltige Summen einzubringen. Der Reichsbetrieb der Post hat bisher eigentlich nicht auf Gewinn gearbeitet, denn den Ausgaben von 900 Millionen stand eine Einnahme von rund einer Milliarde gegenüber. In einer Zeit, wo so große Anforderungen an die Finanzen des Reiches gestellt werden, erhebt sich die Frage, ob unser Postbetrieb nicht etwas weniger selbstlos arbeiten sollte. Auch hier wird niemand von unerträglichen Zuschlägen sprechen. Ich bin für jede Verbesserung dankbar, die sich aus der Kritik des Gesetzes ergibt, aber ich möchte der Vorlage ein Wort mit auf den Weg geben, das jetzt in der Kriegszeit besondere Geltung hat, nämlich das Wort: „Das Bessere ist der Feind des Guten“.

Ich habe die Kriegsteuer als eine staatsbürgerliche Ehrenpflicht bezeichnet. Gewiß legen unsere Vorschläge dem einzelnen Staatsbürger viele kleine Opfer auf, aber was wollen diese Opfer sagen gegenüber der unfassbaren Größe und dem Opfermut, die wir an unseren Brüdern im Felde Tag für Tag bewundern. (Bravo!) Ich freue mich, daß dieser Geist der Opferwilligkeit unbeschadet aller Kritik an der Vorlage die öffentlichen Beratungen der Interessengruppen, die von diesen Steuern berührt werden, durchweht. Die maßgebenden Verbände der Industrie und des Handels haben die Notwendigkeit der Steuer anerkannt. Ich nehme das als einen Beweis dafür hin, daß unser deutsches Volk nicht nur durch die Zeichnung der Kriegsanleihe, sondern auch durch die willige Uebernahme der neuen Steuerlasten dem Reiche geben wollen, was das Reich zur Erhaltung seiner Größe braucht. (Beifall.)

Während wir über die Steuern beraten, vollzieht sich draußen im Lande die Zeichnung der vierten Kriegsanleihe. Keiner unserer Gegner hat bisher das Maß unserer Leistungen erreicht. Wir haben bisher rund 25 Milliarden durch Kriegsanleihe aufgebracht. Frankreich hat mit seiner sogenannten „Siegesanleihe“ noch keine 10 Milliarden aufbringen können und England hat durch mehrere Anleihen bisher nur 13—14 Milliarden erzielt. Nach der Begebung dieser Anleihe werden wir abermals der einzige kriegsführende Staat sein, der seine gesamten Kriegskosten durch langfristige Anleihen gedeckt hat, während England 15 Milliarden kurzfristige Anleihen hat und Frankreich diese Summe noch überschreiten wird. In den letzten Monaten des verfloffenen Jahres hatten sich die Kriegskosten über den Stand von zwei Milliarden erhöht. Die Kriegsausgaben der Monate Januar und Februar sind aber unter den Betrag von 2 Milliarden zurückgegangen. (Bravo!) Wir dürfen erwarten, daß wir diese Ausgabe auch im Monat März nicht mehr erreichen werden. Das heißt, daß unsere Kriegsausgaben heute kaum nennenswert höher sind als vor einem Jahre. (Beifall.) Das ist erreicht worden trotz der erheblichen Ausdehnung des Kampfgebietes und trotz der wesentlichen Steigerung der Preise für alle Bedarfsartikel. Englands tägliche Kriegsausgaben betragen 90 bis 100 Millionen, sie sind jetzt um 50 Proz. höher, als unsere. (Hört! Hört!) Auf den Kopf der Bevölkerung macht das in England 2 P., bei uns nur 1 P. pro Tag. Frankreichs tägliche Kriegskosten sind ungefähr ebenso hoch wie die unseren und Ausland hat unsere Kriegskosten gleichfalls erreicht. Waren unsere Kriegskosten in den ersten 5 Monaten des Krieges um rund 1/2 höher als die Englands und Frankreichs, so hat England jetzt 50 Prozent höhere Kosten und Ausland und Frankreich haben uns erreicht. Alles in allem betragen die täglichen Kriegsausgaben der gegnerischen Nationen mindestens 240 Millionen, die unsere und unserer Verbündeten 110 Millionen. Insgesamt belaufen sich unsere Kriegsausgaben auf 50 bis 55 Milliarden, die unserer Gegner auf 100 bis 105 Milliarden, das Verhältnis ist also wie 1:2.

Mit der gleichen Zuversicht, wie die Entwicklung des Kriegsauswandes und des Kriegserfolges kann uns die Gestaltung der finanziellen Verhältnisse erfüllen. Unsere Kriegsanleihen haben sich erneut zu starken Kapitalien verdichtet. Die Entlastung der Darlehenslasten, der günstige Stand der Reichsbank, die Einlagen bei den Sparkassen legen Zeugnis davon ab. Speziell über die Sparkassen noch einige Zahlen. In Frankreich haben sie durch den Krieg erhebliche Einbußen erlitten die Zahl der Einleger ist dort seit 1914 erheblich zurückgegangen; bei uns haben die Wähler von 5 990 000 sich auf 6 270 000, also um 280 000, vermehrt. Der Zuwachs im Jahre 1915 war größer als in Friedenszeiten. Auch der Betrag der Einlagen ist in Frankreich um 280 Millionen Frank zurückgegangen. Bei uns aber brachten die Jahre 1914 und 1915 einen Zugang von 4 600 000 000 Mark. Die Zeichnungen auf die Kriegsanleihen von 4 1/2 Milliarden sind also reiflos aus den Zugängen beglichen worden. Zugewinnen sind auch im Jahre 1916 wieder neue Zugänge im Betrage von 440 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Sparkassen stehen also jetzt nach der langen Kriegsdauer und nach einer Ausgabe von 4 1/2 Milliarden an Kriegsanleihe um 500 Millionen Mark besser als im Jahre 1914. Und das sind Ersparnisse der kleinen Leute, die trotz der Kriegsnot sich zu so gewaltigen Summen zusammenballen. Das gibt uns das Vertrauen, daß es gelingen wird, auch die vierte Kriegsanleihe zu einer Volksanleihe im wahren Sinne des Wortes zu machen, die beweist, daß unsere finanzielle Kraft ebenso wenig gebrochen ist und gebrochen werden kann, wie der Kampfesmut unserer Truppen. (Beifall Bravo!) Unsere Feinde, die ihre Hoffnung auf unsere Erschöpfung gesetzt haben, fangen allmählich an zu begreifen, daß diese Hoffnung eitel ist. Der Feind, der von der Verschärfung des preußischen Militarismus redet und in Wirklichkeit die Verküppelung der deutschen Volkskraft meint, soll aus neuer Erfahrung, daß wir in der Heimat ebenso wie auf dem Schlachtfeld wie ein Mann zusammenstehen, daß wir entschlossen sind, das höchste zu leisten. Wenn draußen unsere braven Jungen mit heldenhaftem Mute die feindlichen Tod- und verderbenspendenden Pfeerschüsse stürmen, so müssen sie wissen, daß auch wir unsere Pflicht erfüllen, daß der Sieg uns gehört und uns gehören muß. Unsere Truppen haben ein Recht darauf, daß auch wir in der Heimat uns ihrer würdig erweisen, daß auch zu Hause jeder, soweit es in seiner Kraft steht, zum Sieg und zum Frieden beitrifft. (Beifall und Handelslärm.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf nächsten Mittwoch 1 Uhr. (Schluß: 1/2 5 Uhr)

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung, Donnerstag, den 16. März,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Das höhere Schulwesen.

Die Resolutionen des Staatshaushalts-Ausschusses wollen die Staatsregierung eruchen, zu erwägen, wie besonders veranlagten Schülern der Maturität in höhere Schulen und die zeitige Ablegung der Reifeprüfung erleichtert wird, weiter baldige Maßnahmen zu treffen, welche besonders befähigten Volksschülern im größeren Umfang als bisher den Besuch höherer Schulen und so den Zugang zu allen Berufen ermöglichen, dann die Mittel zu beschaffen, um talentvolle unbemittelte Studierende zu erhöhen, Maßnahmen zu treffen, damit die Bevorzugungen für die Schüler der Volksschulen aufgehoben werden und die Weisheit für private höhere Mädchenschulen zu erhöhen. Ein Antrag Dr. Vorja (3.) wünscht Förderung der Reformschulen, die vorzüglich dazu geeignet seien, den Kindern unbemittelter Eltern höhere Schulbildung zu verschaffen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der ganze Charakter der kapitalistischen Gesellschaft offenbart sich in der klassenmäßigen Ungleichheit der Erziehung, die besonders in der dreiklassenstaatlichen Volksschule, höhere Schule, Universität. Das Erziehungswesen läßt sich nicht loslösen von den sozialen Zuständen. Sich Bildung anzueignen, erfordert Zeit und wirtschaftliche Möglichkeit. Die Bildung ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht Selbstzweck, sondern die Möglichkeit beherrschter unter Erziehungswesen. Die höheren Schulen dienen zur Vorbereitung der höheren Beamtenlaufbahn, während die Volksschulen nur das Allernotwendigste beibringen, was dazu dient, um als Werkzeug der kapitalistischen Gesellschaft benutzt werden zu können. Die sozialen Verhältnisse im Volksschulwesen treten heute stärker hervor als je zuvor: die Ueberfüllung der Klassen, die unzureichenden Räume, der Lehrermangel, der häufige Wechsel der Lehrer, die Unterernährung und Uebermüdung der Kinder und die Kinderarbeit. Gerade die Unterernährung gerichtet die Gesundheit des Proletariats und hemmt damit selbst die begrenzte Bildungsarbeit der Volksschule. Mehr als je aber wird die Volksschule heute benutzt, um die Position der herrschenden Klassen zu stärken, um die Seele der jungen Proletarier für die herrschenden Klassen für den Militarismus einzufangen. Bedenkt man das alles, so erkennt man, wie außerordentlich dringend gerade das Proletariat eine grundsätzliche Reform des gesamten Schulwesens fordern muß. Die Verwahrlosung der Jugend durch den Krieg ist trotz aller Beschönigungen nicht wegzulugnen, und es gibt nicht Regen genug im Himmel, um gerade diese Sünde von der bürgerlichen Gesellschaftsordnung abzuwaschen. Besserung ist aber nur durch ägende Kritik und nicht durch Vertuschung zu erreichen. Wenn man erleben muß, daß — wie es dieser Tage auf dem Berliner Polizeipräsidium geschah — jungen Proletarierinnen von 16, 17 Jahren, die aus irgend einem Grunde festgenommen wurden, gesagt wird: Euch sollte man an die Wand stellen und niederknallen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), dann erkennt man wohl, daß wir wahrlich nicht in einer Zeit leben, wo es keine Klassenunterschiede gibt und wo das ganze Volk geschlossen zusammensteht, sondern daß im Gegenteil die Gegensätze gerade jetzt in aufreizender Weise herausgearbeitet werden. Wo bleibt angesichts dieser Tatsache das empfindsame deutsche Gemüt, von dem hier gesprochen wurde?

Sehr erwünscht wäre eine Statistik, wieviele Kinder des Proletariats durch die jetzt bestehenden Einrichtungen die Möglichkeit erlangt haben, eine höhere Bildung zu erreichen; man würde dann die Bedeutungslosigkeit dieser Versuche erkennen, gegenüber den Millionen und Millionen, denen der Weg zu dem Herrlichsten, was der menschliche Geist empfangen kann, verschlossen ist. Die hierzu gestellten Anträge sind bloße Flickversuche, denn was darin angefordert wird, würde auch nur unbemittelten bürgerlichen Familien, aber nicht dem Proletariat zugute kommen. Haben Sie denn kein Gefühl, was es bedeutet, wenn man den Aufstieg zu höherer Bildung zu einem Akt der Gnade machen will, während er ein ursprüngliches Menschenrecht ist? Die Massen des Volkes werden es wohl empfinden, daß ihnen hier

Ratt Recht Bettelstuppen

gegeben werden sollen. Natürlich würden solche Begünstigungen nur solchen Proletariatskindern als Almosen zuteil werden, denen ihre Seele bereits gebrochen ist, die unheilbar gemacht, ihres Klassenbewußtseins beraubt und zu Helfershelfern der kapitalistischen Gesellschaft geworden sind. Und dabei werden diese lächerlichen Versuche noch mit einer derartigen Selbstgefälligkeit dem Volke dargeboten, die den Unernt der herrschenden Klassen sehr wohl erkennen läßt. In der Verschleierung der Bildungsmöglichkeiten sehen wir eine brutale Verschwendung geistiger Kräfte, eine Verschwendung von Menschenkraft in der Fremde der mechanischen Arbeit, das Gegenteil der Menschenökonomie. Es ist geradezu ein ehernes Gesetz, das die Kinder des Proletariats an die Dunkelheit des Geistes schmiedet. Erklärtermaßen ist die Schuldung Dantes, der mit Virgil durch den Wald der Geister geht, die nicht gesündigt haben, aber dafür blühen müssen, daß sie die Taufe nicht empfangen haben; heute heißt es, weil sie des Selbes entbehren! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der Furchtbarkeiten des Weltkriegs denken Sie und denken auch die christlichen Parteien dieses Landes nicht daran, diese verhängnisvollen Verdammten des Kapitalismus zu erlösen. Aus Demagogie will man den Anschein erwecken, als ob etwas getan werde. Aber es handelt sich bei diesen Anträgen auch darum, die Menschenverluste des Krieges auszugleichen, die in der Armee zum Erlag von Offizieren durch Feldwebelkumant geführt hat, denen natürlich das Brandmal der niederen Herkunft geblieben ist; so will man hier Feldwebelkumant für die kapitalistischen Bedürfnisse heranziehen. Diese Tendenz der Anträge zeigt aber, wie notwendig es ist, die Versuche der Demagogie und der Vorspiegelung solcher Tatsachen, die damit getrieben werden, zu zerstören. (Präsident Graf Schwerin-Löwicz ruft den Redner zur Ordnung.) Nach den Erfahrungen der Kriegszeit wird sich das Proletariat nicht täuschen lassen.

Abg. v. d. Osten sagte, daß die Einheitschule abzulehnen sei, weil das Bildungswesen zur Differenzierung strebe. Aber gerade der Kapitalismus uniformiert die großen Volksmassen in brutaler Weise und er differenziert nur das Volk in Klassen, verbindend aber die wirkliche Differenzierung innerhalb der Volksklassen und durch das ganze Volk. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Delze hat gestern in hohen Tönen von Bildung, Wissenschaft und Idealen gesprochen. Aber der Geschichtsunterricht ist schon seit langem systematisch ausgenutzt worden, um bestimmte politische Gesinnungen in die Schüler hineinzutragen. Gerade die höheren Schulen waren seit Jahren der Zummelplatz dieser Methode, und in ihnen wurde systematisch jener Haß gegen England entwickelt, dessen Saat jetzt so herrlich aufgegangen ist. Die Plottenpropaganda an den höheren Schulen bemächtigt sich den ganzen Geist des Unterrichts. Die Weltgeschichte wird als usum delphini umgekehrt zur politischen Legende; nicht die politische Wahrheit, nicht objektives Wissen, sondern das Gegenteil davon stehen im Mittelpunkt. Im Deutschunterricht soll die jugendliche Seele sich zuerst frei entfalten können. Welche Aufsatzthema aber werden unseren Kindern gestellt? Man verpöndelt sie, patriotische Leitartikel zu schreiben, man schreibt ihnen gewisse Absätze der Kriegsbegeisterung vor. Dadurch legt man den Keim zur Unwahrhaftigkeit. Dieses auf höhere Anweisung erfolgende Verfahren ist ein Krebsgeschwür für das ganze Schulwesen. Sie werden damit auch bei den aus dem Bürgertum stammenden höheren Schülern keine Vorteile erzielen. Diese plumpe Methode, Ihre Klassenherrschaft zu stärken, schlägt gegen Sie aus.

Und der Religionsunterricht? Selbst durch die geschichtliche Dialektik und durch sein Mittel der Pädagogik wird der Gegensatz überbrückt zwischen Religion und Christentum und zwischen Krieg und Völkermord.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorhang des Tempels ist zerrissen. In welche weltlichen Bedrängnisse kommen aber unsere Kinder, wenn sie von dem Gott hören, der der Gott aller Menschen, also — wenn ich dieses Wort in diesem Zusammenhang gebrauchen kann — ein internationaler Gott, ein Gott der Menschheit ist und wenn dieser Gott der Nächstenliebe reklamiert wird von jeder Nation für sich und zum Kriege! Ich frage mein Kind, das den Katechismus auswendig lernen mußte, ob denn der Lehrer immer sagte: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Das Kind antwortete: „Nein, wir sollen die Russen, Franzosen und Engländer nicht lieben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie verträgt sich das? Die schönste Pädagogik ist die, die nicht durch Worte, sondern durch Anschauung und Beispiel wirkt. Was aber sollen die Kinder, die Religion lernen, zu den Ereignissen der Gegenwart sagen? Da kann die Religion natürlich nicht, wie das Christentum verlangt, ein das ganze Leben durchdringendes und jede Handlung bestimmendes Element werden, sondern nur etwas ganz anderes. Ueber diesen Gegensatz kommen Sie nicht hinaus und am allerwenigsten in einer Zeit, in der wirklich nicht die Religion der Nächstenliebe, sondern die des Val oder des Gottes Dignipuzzi die Religion der Welt ist und in der schließlich auch die Kinder verstehen, daß es in diesem Krieg in erster Linie um kapitalistische Gesellschaftsinteressen geht.

Es kann einer beten und immer beten und doch ein Kriegshörer sein. Heute sucht man die proletarischen Kinder in der Schule zu beeinflussen für die Weltanschauung der herrschenden Klassen, des Kapitalismus, der Ausbeutung (Zuruf rechts: höhere Schulen), für die Weltanschauung des Weltkrieges und des Massenmordes.

Und wie wird höhere Bildung hinausgetragen in die okkupierten Gebiete? Als die erste Schule in Belgrad wieder eröffnet wurde, schrieb ein dort von den Österreichern herausgegebenes Blatt, daß Serbien eine schwere Sünde begangen habe, als es gegen Oesterreich . . .

Präsident Graf Schwerin-Löwicz: Die serbischen Schulen haben mit dem Etat nichts zu tun. Ich rufe Sie zur Sache?

Liebknecht (fortfahrend):

Auch als praktische Helferinnen im Dienste des gegenwärtigen Krieges werden die höheren Schulen benutzt. Es wird in ihnen systematische Propaganda getrieben für die Kriegsanleihen, es wird Geld gesammelt. Diese Militarierung der Schule ist auch von mander bürgerlichen Seite als bedenkliche Erscheinung bezeichnet worden. Man beginnt schon in der Schule die Menschen zu Kriegsmaschinen zu erziehen.

Die Schule ist eine Dressuranstalt für den Krieg.

Die körperliche Erziehung der Jugend wird gerade jetzt besonders gefördert, um neues Material für den Moloch Militarismus heranzuziehen. Die Erziehung der menschlichen Gesundheit hat somit zum Ziel die Vernichtung von Menschenleben. Wie sich die Kriegspädagogik mit den Grundlagen unserer gesamten Bildung verträgt, will ich hier nicht näher untersuchen, ich kann ja nur von den höheren Schulen sprechen. Herr Delze hat gestern gefordert, daß der Militarismus in stärkerer Weise in die höheren Schulen eingeführt werde. Er solle der alles durchdringende Geist sein. Er hat den Militarismus definiert als die freie Unterwerfung unter die Disziplin. Nach unserer Ansicht bedeutet der Militarismus im Gegenteil die ausgeprägteste Disziplin. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist der militärische Geist schon in so hohem Maße in das Schulwesen eingedrungen, daß ich nicht weiß, was Herr Delze noch zu wünschen übrig bleibt. In der Kommission ist auch von bürgerlicher Seite gesagt worden, daß die einseitige militärische Erziehung zur Verrohung der Jugend führe. Aber das schreit Sie nicht ab, wenn nur Ihre Aderheiligens, der Militarismus, gefördert wird. Verrohung ist in der Tat vom Militarismus nicht zu trennen. Herr Delze sprach gestern hohe Worte von Freiheit. Aber Sie wollen doch nur Freiheit für die herrschenden Klassen und Unterdrückung für die breiten Massen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie verabsäumen die freie Gesinnung, weil sie die Götterdämmerung der herrschenden Klassen bedeuten würde. Die heutige klassische Bildung ist nur eine Parodie auf wirkliche klassische Bildung. Klassische Bildung besteht doch nicht in dem Einpaulen von Sprachen und irgendwelchen Tatsachenkenntnissen, sondern ihr Wesen ist der Geist des Humanismus, der Geist der Unabhängigkeit, der Selbstständigkeit, der Kritik gegenüber allem, was als schädlich empfunden wird. Das ist die wirkliche Freiheit des Geistes. Ihr Erziehungsideal aber ist das Gegenteil. Das Ideal der Bajonette, der Granaten, der Giftgas und Bomben, die auf friedliche Städte heruntergeworfen werden, das Ideal des U-Boot-Kriegs, das ist etwas ganz anderes. (Unruhe und Lachen rechts.) Das ist die Wahrheit, die ich Ihren Verhältnungsverhören entgegensetze. Nach einem

Erlaß des Regierungspräsidenten von Schwerin

zu Frankfurt a. O. soll im höheren Schulunterricht dahin gewirkt werden, daß das Gefühl der allgemeinen Völkerverbrüderung, der internationalen Friedensschwärmerie ausgerottet werde. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Schandtat unserer Feinde an Deutschen dürfen nicht entschuldigt oder beschönigt werden, sondern es müsse Haß und Empörung darüber geweckt werden. Wir erklären das für einen Mißbrauch der Schule schlimmster Art. Das ist Ihr Geist des Humanismus. Herr v. Campe sprach von Knochenzerweigung der Gesinnung, gegen die gearbeitet werden müsse durch eine solche Propaganda in der Schule. Wenn es aber wahr ist, daß die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, die Aufgabe aller Erziehung ist, so mühte ganz etwas anderes gelehrt werden. Es mühte gelehrt werden, wie es mit der Neuorientierung stehe, wie dieser Krieg entstanden ist, wie nicht nur der schneidende Nord von Serajewo die Schuld daran hat, sondern auch die Tatsache, daß weite Kreise dieses Nord als Gottesgeheim begriffen haben, weil er ihnen den Kriegsvorwand gegeben hat. (Die Rechte bricht in stürmische Pfui-Aufe aus, die immer stärker werden. Die Abgeordneten haben sich in großer Erregung erhoben und verlassen unter ständigen Rufen „Aus, raus“ allmählich den Saal. Abg. Liebknecht ruft ihnen zu: Wehen Sie hinaus! Blüthen Sie vor der Wahrheit, Sie können sie nicht hören!)

Präsident Graf Schwerin-Löwicz

(Der lange vergeblich die Glocke geschwungen hat):

Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie darauf aufmerksam, daß, falls ein dritter Ordnungsruf erfolgt, ich das Haus fragen werde, ob es Sie weiter hören will.

Abg. Liebknecht:

Ich habe Ihnen nur erzählt, was ich selbst mit meinen eigenen Ohren gehört habe.

Das Ziel der humanistischen Bildung ist das der vollen Freiheit, ein hohes ideales Ziel. Aus diesem Geiste heraus haben die großen Pädagogen wie Pestalozzi die Einheit des Schulwesens gefordert. Die heutige Schule dient nur Nützlichkeitszwecken, das gilt auch von den Universitäten. Der Geist des Militarismus zerstört die Grundlagen unseres ganzen Erziehungssystems. Auch Kunst und Wissenschaft sind eingeschränkt. . . (Präsident Graf Schwerin-Löwicz: Ich bitte, zu den höheren Lehranstalten zu kommen.) Dieselbe Erscheinung zeigt sich auch im höheren Schulwesen. Während es die Aufgabe der Volksschule ist, die Jugend des Proletariats zu Werkzeugen für die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu machen, ist es die Aufgabe der höheren Schulen, die Jugend der herrschenden Klassen

für die Herrschaftsaufgaben,

die sie in der heutigen Gesellschaft zu erfüllen haben, zu befähigen. Bei der Erörterung der Frage der Zulassung von Ausländern zu

den Schulen hat Herr v. Savigny in der Kommission erklärt, die frühere Zulassung von Ausländern an deutschen Schulen habe den Zweck gehabt, im Ausland sich Sympathien zu erwerben und sich dadurch indirekt politische und wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Das ist echt deutscher Idealismus, der da zum Ausdruck kommt! Auf demselben Gebiet liegt es, wenn jetzt in den höheren Schulen in stärkerer Weise Unterricht über die Verhältnisse des Orients erteilt werden soll. Auch damit sollen die höheren Schulen zum Propagandainstrument gemacht werden für die wirtschaftlichen Zwecke, die in diesem Kriege verfolgt werden. Dieser Krieg, der so vieles umgestürzt, so vieles zerstört hat, hat auch den Rest der bürgerlichen Erziehungsideologie zerstört und hervorgekommen ist der reine Nützlichkeitsstandpunkt der Erziehung. Die technische Qualität des Unterrichts ist ebenfalls durch den Krieg aufs schwerste geschädigt. So wie der 30jährige Krieg verheerend und vernichtend auf das Erziehungswesen gewirkt hat, so gilt das gleiche auch von dem jetzigen Krieg. (Abg. Ad. Hoffmann: Sehr wahr!) Die Neuordnung des Geschichtsunterrichts, alle diese Dinge sind ein Zeichen der Verwilderung, ein Zeichen des Todeskampfes, den das frühere Erziehungsideal des Bürgertums heute kämpft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich sprach vorhin von dem Schillerischen Gedicht, in dem es heißt: „Nur ein Wunder kann Dich tragen in das schöne Wunderland.“ Für das Proletariat, für die unerlösten Seelen, gilt dies Wort nicht. Kein Wunder und keine Segnung von oben kann das Proletariat in das schöne Wunderland tragen, in dem all die Schätze und Herrlichkeiten des menschlichen Geistes zu finden sind. (Zurufe rechts: Zur Sache!) Davon handeln Ihre Anträge, die jetzt zur Abstimmung stehen! Und wenn es in dem Danteschen Weltreise von jenen unerlösten Seelen heißt, daß sie ohne Öffnung im Sehen leben, so gilt auch das nicht von dem Proletariat. Es lebt nicht ohne Hoffnung, sondern voll Zuversicht, aber die Befreiung der Arbeiterklasse kann nicht kommen von solchen Anträgen, wie Sie sie gestellt haben.

Präsident Graf Schwerin-Löwicz:

Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Liebknecht:

Ich spreche von den Anträgen über die Ermöglichung des Aufstiegs für die Angehörigen der minderbemittelten Stände zu den höheren Schulen. Auch diese geistige Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, und es ist unsere Aufgabe, der Arbeiterklasse auch bei dieser Gelegenheit zuzurufen: Aus Werk, sowohl die in den Schützengräben, wie die hier im Lande, sie sollen die Waffen lenken und sich gegen den gemeinsamen Feind kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt. (Große Unruhe rechts.)

Präsident Graf Schwerin-Löwicz:

Ich rufe Sie zum dritten Male zur Ordnung und frage hiermit das Haus, ob es den Redner noch weiter hören will. (Stürmischer Beifall rechts. Die Abgeordneten strömen in Scharen in aller Eile in den Saal. Für die weitere Anhörung des Redners stimmen nur die Sozialdemokraten. Abg. Liebknecht verläßt unter stürmischen Zurufen der Rechten die Tribüne. Abg. Adolf Hoffmann [zur Rechten]: Im Schreiben sind Sie Meister!)

Abg. Wildermann (3.):

Unsere höheren Schulen sind keine Ständeschulen. Ihre Schüler setzen sich aus allen Ständen zusammen. Dem Antrag der Kommission stimmen wir zu. Aber die Einheitschule und die völlige Untergleichheit des Bildungswesens würde keine Auslese der Tüchtigen, sondern ein Gelehrtenproletariat schaffen. Daß im Religionsunterricht den Kindern der Haß gegen Franzosen, Engländer usw. gelehrt wird, bestreite ich. Im Religionsunterricht wird vielmehr gelehrt, wie sich die Nächstenliebe auch mit dem Kriege verträgt. Wir befinden uns in der Notwehr und es gibt keine größere Nächstenliebe, als daß man sein Leben hingibt für seine Freunde und sein Volk. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (ff.):

Diese Rede war ein wahres Labfal gegen die erste Rede, die nur als pathologisch zu bewerten ist. (Lebhafte Zustimmung.) Große Probleme zu erörtern ist jetzt nicht die Zeit. Dem Antrag der Kommission stimmen wir zu. Gerade die Jetztzeit lehrt, daß jedem Fähigen alle Bildungsmöglichkeiten offen sein müssen.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Auch die Unterrichtsverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß den Knaben minderbemittelter Eltern mit hervorragenden Geistesgaben der Zugang zu den höheren Schulen und zur Universität zu öffnen ist. Das geschieht durch reichliche Stipendien. Darin liegt aber kein Almosen, sondern das sind Maßnahmen, die der Staat in seinem eigenen Interesse getroffen hat. Auf 34 Millionen Mark Schulgeld verzichtet der Staat alljährlich im Interesse der Knaben minderbemittelter Eltern. Eine Reform des Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisses ist notwendig, doch kann in dieser Zeit an die eingehende Prüfung dieser wichtigen Frage nicht herangegangen werden. Die Klagen in der Öffentlichkeit über die Verwilderung unserer Jugend sind übertrieben. (Zustimmung.) Neben manchen unerfreulichen Einzelercheinungen hat die heranwachsende Jugend sittliche und körperliche Gesundheit bewiesen. Den Kriegsprimanern soll der Wiedereintritt in das bürgerliche Leben möglichst erleichtert werden. Sie sollen in besonderen Kurien fortgebildet werden, damit sie nicht wieder die Schulbank zu drücken brauchen. Aber ihnen ohne weitere Ausbildung das Reifezeugnis zu geben, ist nicht möglich.

Abg. Dr. Blankenburg (natl.):

Auch wir teilen den Optimismus in der Beurteilung unserer Jugend. Den Erlaß über den Geschichtsunterricht begrüßen wir. Die Anträge der Sozialdemokraten sind nur aus agitatorischen Gründen gestellt und auf Populäritätsfahnderei berechnet. Ich schließe mich den Wünschen bezüglich der Kriegsprimaner an.

Abg. Cassel (Sp.):

brückt seine Genugtuung darüber aus, daß der Kultusminister die Behauptungen über die Verwilderung der Jugend zurückgewiesen hat. Er bespricht eingehend pädagogische Einzelfragen und weist die Angriffe auf das humanistische Gymnasium zurück.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Durch den Schlußantrag ist es mir unmöglich gemacht, mich mit einigen Ausführungen der Vorredner zu beschäftigen. Was ich über die Kriegsauffgabe gesagt habe, habe ich vollkommen aufrecht. Ich habe aus genauer Kenntnis der Sachlage gesprochen. Zum Beispiel ist jetzt wieder an einer Schule das Thema gestellt worden: Die Bedeutung von Verdun. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Präsident: Das ist nicht persönlich! Ich könnte noch eine ganze Menge von Fällen nennen. Man hat die Kinder gezwungen, über Schlachten im gegenwärtigen Kriege zu schreiben. (Zurufe rechts: Das ist sehr gut!) Ich weise es zurück, daß Abgeordneter Blankenburg unsere grundsätzlichen Anträge als Populäritätsfahnderei bezeichnet hat. Herr v. Zedlitz hat seine Bemerkungen an eine falsche Adresse gerichtet. Wenn er von Pathologie sprach, so kann er damit nur die Pathologie unserer heutigen Gesellschaft gemeint haben. Wenn er aber diesen Angriff gegen mich direkt gerichtet haben sollte, so muß das wohl von dem Standpunkte aus geschehen sein, von dem er einst seine berühmten Intercoors- und Frauenzimmer-Artikel geschrieben hat, die ein Skandal waren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Freiherr v. Zedlitz: Verzückt!

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Volksschulwesen. Schluß gegen 5 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 16. März 1916, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden Richelet nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Er gelangt zunächst ein Schreiben des Oberbürgermeisters zur Verlesung, worin die Versammlung ersucht wird, auch das übrige dazu zu tun, um dem in letzter Zeit hervorgetretenen Mangel an Männern, die zur Übernahme von kommunalen Ehrenämtern bereit sind, abzuhelfen.

In dem Ausschuss für die Vorlage wegen Erhöhung des Gaspreises ist die sozialdemokratische Fraktion durch Wasner, Bruns, Fischer, Heimann, Dr. Wehl vertreten.

Die Magistratsvorlage, wonach der Jubiläumstiftung für Erziehung und Unterricht das zum Abbruch des umgefallenen Regelpalastes zu erbauende Rundgebäude auf 30 Jahre für jährlich 100 000 M. vermietet, insgesam aber die Stiftung für die Unterbringung im Hause Potsdamer Str. 120 bis auf weiteres eine jährliche Mietbeihilfe von 8000 M. gezahlt werden soll, ist in der Ausschussverhandlung auf eine Reihe von Bedenken gestossen, schließlich aber angenommen worden. Das städtische Schulmuseum soll zum größten Teile schon jetzt der Stiftung überwiesen werden.

Die Versammlung stimmt der Vorlage ebenfalls zu.

Die Vorlage wegen anderweiter Organisation der Verwaltung der Gaswerke und wegen Einsetzung eines „Aufsichtsrats der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke“ ist vom Ausschuss mit nur geringfügigen Änderungen zur Annahme empfohlen worden. Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach dem Ausschussvorschlag.

Darauf beginnt die Versammlung die erste Lesung des **Stadthaushaltsetats für 1916.**

Kämmerer Böß leitet sie mit dem üblichen Ueberblick über die Finanzlage ein. Die städtischen Finanzen haben sich auch während des Krieges und trotz seiner langen Dauer als durchaus gesund bewährt; die städtische Sparkasse zeichnet auf die vierte Reichskriegsanleihe 50 Millionen. Die städtische Einkommenerhöhung muß auf 160 Proz. erhöht werden. Das Fehlen eines Ueberflusses aus dem Vorjahre und eines Ausgleichsfonds macht sich diesmal besonders peinlich bemerkbar. Die Kriegszeit zwingt jetzt zur Schaffung eines solchen Fonds, dem vor allem die hoffentlich bald wieder eintretenden Ueberschüsse zugeführt werden sollen. Die Kriegslasten steigen andauernd; ein großer Teil von ihnen wird ja allerdings nur vorläufig von der Stadt verausgabt, die der Wiedererstattung aus Reichsmitteln harret. Die Stadt trägt diese Last ohne Verdruss, denn ein Tag Ruhestillstand in Berlin würde mehr kosten als drei Jahre Kriegsausgaben. Mit einem Erfurs über die in der städtischen Wirtschaft gebotene und geübte Sparsamkeit schließt der Kämmerer seine Einleitungsrede.

Stadtv. Cassel (Zins) hätte sehr gewünscht, daß mit weniger als 160 Proz. Einkommenerhöhung auszukommen gewesen wäre, hat sich aber von der Unmöglichkeit überzeugt, ist auch durchaus einverstanden damit, daß man unter den heutigen Umständen die Grund- und Gebäudesteuer nicht erhöht hat. Für eine sparsame Wirtschaft spricht er sich ebenfalls aus, doch dürften darunter die sozialen Rücksichten, namentlich auch im Hinblick auf die hoffentlich baldige Rückkehr unserer im Felde stehenden Mitbürger, nicht leiden.

Die Ueberwachungswirtschaft muß verschwinden, aus den Ueberflüssen muß ein Reservefonds geschaffen werden; dann wird auch der Drang aufhören, alle möglichen neuen Ausgaben auf diese Ueberflüsse anzuweisen. (Zustimmung.) Unsere Selbstverwaltung darf nicht angefaßt, sie muß voll und ganz aufrechterhalten werden. Ein neuer Schlag wird gegen uns geführt, indem wir kein eigenes Schatzkammer erhalten sollen, was doch sonst jeder Stadt von 10 000 Einwohnern zugestanden werden soll. Sollte sich unser parlamentarischer Widerstand dagegen als ohnmächtig erweisen, dann wird es an neuen Attentaten nicht fehlen, und unsere Selbstverwaltung bald völlig ausgehöhlt sein. Dann aber werden wir an anderer Stelle die Frage stellen müssen, ob das die richtige Behandlung einer Stadt wie Berlin. Erfreulichweise sind in diesem Punkte die Vororte, vor allem Charlottenburg, ganz auf unserer Seite. Möge sich auch diesmal unsere Etatberatung in voller Einmütigkeit vollziehen! (Beifall.)

Stadtv. Heimann (Soz.): Wohl niemand von uns allen hat vor einem Jahre, als wir den Etat für 1915 herietten, daran gedacht, daß auch der Etat für 1916 noch unter dem Zeichen des Krieges stehen würde. Schon damals hatte jeder von uns den dringenden Wunsch nach Frieden; seitdem ist das Unheil, welches eine längere Fortdauer des Krieges über die gesamte europäische Menschheit bringt, derart gestiegen, daß heute in jedes führende Reich der Wunsch nach Frieden übermächtig ist. (Zustimmung.) Ich trete daher an die Etatsberatung mit dem heißen Wunsch heran, daß das Verlangen nach Frieden sich überall durchsetzen und das neue Jahr und bald das Ende des furchterlichen Krieges und einen Frieden bringen möge, der der Menschheit gestattet, ungeschmetzt durch das und Verblendung an den Wiederaufbau all der zerstörten Kulturländer heranzugehen. (Beifall.) Der Etat ist durch die 20 Monate Weltkrieg aufs erhebliche beeinträchtigt und beeinträchtigt; ein Ueberflus aus 1914 fehlt ganz, und läme dem Kämmerer nicht der glückliche Zufall zu Hilfe, daß er auf die 19 Millionen zurückgreifen konnte, die wir noch aus dem Vergleich mit der Großen Straßenbahngesellschaft zur Verfügung haben, so wäre der Abschluß noch um fünf Millionen schlechter geraten. Wir sind dem Prinzip der Einstellung von Ueberflüssen in den Etat des übernächsten Jahres immer entgegengetreten, aber davon wollen wir sprechen, wenn sich wieder Ueberflüsse einstellen, was hoffentlich nicht gar zu lange auf sich warten lassen wird. Was den Etatsabschluß selbst angeht, so bleibt es tief bedauerlich für die Bevölkerung, daß nun neben einer eventuellen Erhöhung der Gaspreise ein Steuerzuschlag von 160 Proz. zur Bilanzierung genommen werden soll in einem Etat, der die Veranschlagung laufender Mittel sehr beschränkt und keinen Pfennig für die eigentlichen Kriegskosten enthält. Es ist sehr hart, der mit Lasten schon bis zum Umfallen bespediten Berliner Einwohnerchaft eine solche neue Last aufzuerlegen; ich richte daher an den Magistrat auch das dringende Verlangen, noch mehr als bisher zu tun, um durch bessere Organisation des Lebensmittelmarktes der großen Masse die Lebensführung in etwas zu erleichtern. (Zustimmung.) Lichtpunkte im Etat sind die eifrige Förderung der städtischen Tiefbauten und der Erwerb der W. E. W. In der Kriegsfürsorge, für die im Etat nicht eine Mark steht, ist in unserer Millionenstadt ein ganz enormes Maß von Arbeit vom Magistrat und seinem Beamtenshabe, von den damit befaßten Kreisen der Bürgerchaft, auch von den Frauen geleistet worden, die sich alle mit größter Hingabe diesen verwickelten Aufgaben unterzogen haben; wir können das nur mit Dank anerkennen. (Beifall.) Wenn sich dabei Reibungen und Inzuträglichkeiten ergaben, so lag das vor allem daran, daß die Gemeinde sich durch den Krieg vor eine große Zahl ganz neuer Aufgaben gestellt sah, namentlich auf dem Gebiet des Lebensmittelmarktes waren diese Schwierigkeiten sehr fühlbar. Möge die Gemeinde aus dieser schweren Zeiten die Lehre ziehen, daß die Versorgung der Unbemittelten mit Lebensmitteln eine überaus wichtige kommunale Aufgabe ist. Wir haben diese Anschauung stets vertreten, auch schon im Frieden, aber wir haben damals tauben Ohren geredigt. Auch im Frieden muß die Gemeinde die Sorge für die ausreichende Ernährung der unbemittelten Bevölkerung auf sich nehmen und durch langfristige Verträge mit Produzenten oder Produzentengenossenschaften abschließen. Hätten wir Unterlagen oder Vorkehrungen für Betrieb, Aufbewahrung usw. schon gehabt, so hätten sich diese Unzulänglichkeiten nicht ergeben können. Die Schuld daran trifft ja nicht sowohl die Gemeinde als die Zentralinstanzen in Reich und Staat, die meist zu spät eingriffen, obwohl die Unabwendbar-

Leit dieser Eingriff ihren längst von uns und anderen nahegelegt war. In Kriegszeiten können die Gemeinden nur die ausführenden Organe sein, das Reich hat durch eine Zentralstelle für die erforderlichen Maßnahmen, Höchstpreise, Beschlagnahmen, Enteignung, Zuführung an die Gemeinden selbst zu sorgen. Mögen die Lehren aus dieser Zwangslage nicht später vergessen, sondern auch im Frieden beachtet werden! Im vorigen Jahre hatte ich bemerkt, daß bei verschiedenen Kriegsmahnahmen unter hochentwickelter kapitalistischer Staat Wege zu betreten sich genötigt gesehen habe, die in der Richtung unserer Ziele lagen. Herr Cassel meinte darauf, darüber solle man jetzt nicht reden, das werde sich nach dem Kriege finden, im Kriege müsse die Hauptsache sein, einzig zu bleiben. Für die Einigkeit trete ich auch jetzt ein; aber wir sind doch nicht hier, um uns gegenseitig Komplimente zu machen; unsere Wähler haben uns hierher geschickt, um für bestimmte Grundätze zu wirken und Propaganda zu machen, und ich würde es geradezu für eine Unterlassung ansehen, wenn wir nicht bei der einzigen Gelegenheit, wo wir dazu die Möglichkeit haben, beim Etat, nachdrücklich darauf hinweisen, daß diese Maßnahmen nicht mehr Geist vom Geist des Kapitalismus sind, sondern dem Arsenal des Sozialismus entnommen werden müßten. Wenn Sie in dieser schweren Zeit uns gegenüber auf den Nutzen und die Ersprießlichkeit Ihrer wirtschaftlichen Grundätze für das Gemeinwohl hinzuweisen in der Lage wären, würden und müßten Sie es trotz des Krieges tun, und niemand von uns würde es Ihnen verübeln. Für die neuen gemeindlichen Aufgaben, die wir übernommen haben, die ärztliche Versorgung der Kriegereinfamilien und die Sorge für die heranwachsende Generation, ist gleichmäßige Voraussehung eine ausreichende Ernährung. Heute, wo die Lebensmittelpreise von Woche zu Woche weiter emporschnellen, fordere ich den Magistrat wiederum dringend auf, sich endlich unserem einmütigen Beschlusse anzuschließen, das Kindergeld um die 1,50 M. auf 7,50 M. zu erhöhen (Lebhafte Zustimmung) und Berlin nicht um sein schönes Vorrecht zu bringen, in diesen Dingen voranzustehen. Gewiß sind 4 Millionen keine Kleinigkeit, für das einzelne Kind handelt es sich aber nur um 1,50 M. pro Monat. Auch die städtischen Arbeiter werden bei der steigenden Teuerung mit Lohnerhöhungsanträgen an die Verwaltung herantreten müssen. Die Erhöhung des Dispositionsquantums von 1 auf 2 Millionen begrüße ich; wenn bei der hoffentlich baldigen Demobilisierung es sich darum handeln wird, der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, werden sie freilich auch nicht lange vorhalten, und der Magistrat wird bald mit Nachforderungen kommen müssen, wenn Stadtbaurat Hoffmann die mit 35 Millionen dotierten Hochbauprojekte auszuführen beginnt. — Der neuen Organisation der Gaswerke wünsche ich besten Erfolg. Das Heilmittel für sie können wir in der allgemeinen Preiserhöhung von 18 auf 16 Pf. nicht erblicken; hier fehlt ganz der soziale Gesichtspunkt. Die kleinen Abnehmer dürfen nicht getroffen werden; auch die Kosten der öffentlichen Beleuchtung darf man nicht ferner dem Gasetat aufbürden; eine Klausel ist einzufügen, wonach bei weichenenden Kohlenpreisen die Gaspreise automatisch ebenfalls weichen. — Redner geht sodann auf die Frage einer von sozialen Gesichtspunkten geleiteten kommunalen Siedlungspolitik näher ein und führt aus, daß eine solche mit dem Schem der Mietskasernen aufräumen müsse. Der Staat, der allein sie in großem Maße betreiben könne, verlege in der Praxis, siehe die Aufstellung der Domäne Dahlem; Berlin aber könne immerhin auf dem großen Areal seiner Reichsgüter damit Versuche machen. In diesem Zusammenhang erinnert Redner auch daran, daß die Frage der Bebauung des Berliner Terrains in Treptow seit 1911 noch nicht recht vom Fied gekommen sei, bittet um Auskunft über den jetzigen Stand der Angelegenheit und befeuert wiederum die baldige Erschließung unter der Voraussetzung, daß der Stadt der Wertzuwachs erhalten bleibt. Darauf bemängelt er die großen Mißstände im öffentlichen Verkehrswesen bei der Straßen- und bei der Untergrundbahn und rügt die Hartnäckigkeit der Direktion der „Großen“, die trotz finanziell relativ noch sehr günstigen Abschlusses nichts zur Abstellung der Beschwerden des Publikums tue. Die Förderung des Baues der Nord-Südbahn begrüße er und kündigt die Forderung, hier nur eine Wagenklasse zu schaffen, abermals an. Auch mit Neuland wünscht er ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten auf dem Verkehrsgebiete. Auf dem Schulgebiet verlangt er, daß der innere Schulbetrieb den verwilderten Tendenzen bei der Schuljugend entgegenwirke, indem er dem jetzt Orgien feiernden Völkervertrag entgegentritt. Wenn man jetzt den „Schühengrabengestir“ hinüberreiten will in die Friedenszeit, so wird ein solches Beginnen, so gut es gemeint ist, erfolglos bleiben, so lange im bürgerlichen Leben nicht die Voraussetzung für diesen Geist durch Beseitigung aller Klassenunterschiede geschaffen ist; man schaffe die Einheitschule, beseitige die Vorstufe! Die Selbstverwaltung muß gestärkt werden; die Verheißung der Thronrede darf nicht halt machen vor dem krasen Wahlspruch für die Stadtverordnetenversammlung! Mit dem nochmaligen Wunsch, daß das neue Staatsjahr den Frieden bringen möge, schließt der Redner seine einstündigen Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Sozialdemokraten.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Gerade unsere Industrie hat gezeigt, daß wir ohne die kapitalistische Wirtschaft den Krieg wahrscheinlich schon längst verloren hätten. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir lehnen es ab, aus den Kriegsnotwendigkeiten parteipolitische Forderungen zu ziehen. Den 160 Proz. stimmen wir zu. Auch die reichen Bürger tragen an den Steuererhöhen für 1916 schon recht schwer. Ein dunkler Punkt im Etat ist für mich die Erhöhung der Gaspreise; vielleicht findet der Ausschuss einen rettenden Ausweg. Die Erträge der Werke werden noch lange nach dem Kriege sehr niedrig sein, die Lebenshaltung wird noch Jahre lang teuer bleiben, die Mahnung zur Sparsamkeit war also durchaus am Platze. (Zurufe.) Für Arbeitslose zu sorgen ist gewiß unsere Pflicht; man muß doch aber auch das Geld dazu haben. Es ist auch noch gar nicht ausgemacht, daß Arbeitslosigkeit überhaupt eintreten wird. (Widerspruch bei den Soz.) Die Verbilligung der Kriegsfürsorge im weitesten Sinne hat auch Kollege Heimann warm anerkannt; ich schließe mich ihm in dieser Hinsicht durchaus an. Um so übler nehmen sich die neuen bürokratischen Angriffe auf die Berliner Selbstverwaltung aus. Der Zweverband ist tatsächlich nur ein Organ zur Zahmlegung Berlins. Daß die Ueberflüsse künftig nicht mehr in den Etat eingestellt werden sollen, freut uns ganz besonders.

Damit schließt die erste Beratung. Tatsächlich ist der Etat schon seit Montag im Ausschuss in der Einzelberatung begriffen.

Die Vorlage, worin der Magistrat der Versammlung zur Kenntnis bringt, daß es sich nach seinen Ermittlungen empfiehlt, die Wasserförderung für die städtischen Badeanstalten im eigenen Betriebe beizubehalten, wird nach kurzer Erörterung, an der sich Stadtv. Körte (Fr. Fr.), Dr. Lebz II (L.), Dr. Wehl (Soz.) und Stadtrat Kalisch beteiligten, einem Ausschuss überwiesen.

Schluß 1/9 Uhr.

Dr. Pape wegen Totschlags verurteilt.

In der gestrigen Sitzung plädierte der Staatsanwalt Herbst auf: schuldig wegen Totschlags unter Annahme mildernder Umstände. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bruno Jiaac beantragte in erster Reihe die Freisprechung. Nach längerer Beratung der Geschworenen verkündete der Obmann Dr. Paul Schlenker den Wahrspruch, der auf Körperverletzung mit Todeserfolg unter Zuhilfenahme mildernder Umstände lautete.

Staatsanwalt Herbst beantragte drei Jahre Gefängnis und Anrechnung von einem Jahre neun Monaten Untersuchungshaft. — Rechtsanwalt Dr. Jiaac beantragte, die Strafe so zu bemessen,

daß sie durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet werden kann, ferner aber die Haftentlassung des Angeklagten.

Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahre neun Monaten Untersuchungshaft. Bei Abmessung der Strafe hat das Gericht erwogen, daß die Tat eine recht schwere und gegen den eigenen Bruder gerichtet war, andererseits aber, daß eine ganze Reihe von Momenten dafür sprechen, die Strafe nicht allzu hoch zu bemessen. Er war in einem außerordentlich heftigen Zwiß hineingetrieben und ist vom Bruder stark gereizt worden. Dazu kommt, daß der Angeklagte nach dem Gutachten der Sachverständigen eine psychopathische Veranlagung und einen eigenartigen Charakter besitzt. Auch mögen die klimatischen Verhältnisse in Siam auf ihn eingewirkt haben und daneben auch die zerfahrenen geschäftlichen Verhältnisse, an denen er erheblich interessiert war. Die Anrechnung der Untersuchungshaft in Höhe von einem Jahre neun Monaten, da die Länge der Untersuchungshaft auf die Verletzung ungünstiger Umstände zurückzuführen war. Die Kosten fallen dem Angeklagten zur Last. Die bei der Tat gebrauchte Waffe wird eingezogen, die Untersuchungshaft aufgehoben.

Die einschlägigen Vorschriften des Strafgesetzbuchs sind folgende: Nach § 212 des Strafgesetzbuchs wird wegen Totschlags mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft, wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wenn er die Tötung nicht mit Ueberlegung ausgeführt hat. § 218 des Strafgesetzbuchs fährt dann fort: Wer den Totschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm oder einem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Verleumdung von dem Bestreiten zum Zorn gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingerissen worden oder sind andere mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Aus Groß-Berlin.

Berlins Stadthaushaltsetat für 1916.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern der Kämmerer das Wort. Alljährlich einmal kommt sein „großer Tag“, an dem er den Entwurf des neuen Stadthaushaltsetats vorzulegen hat. In dieser Kriegszeit ist das freilich kein Vergnügen — das mußte er schon im vorigen Jahre bekennen, wo eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer von bisher 100 Prozent auf 125 Prozent nötig wurde. Der Etatentwurf für 1916 bringt nun eine weitere Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer auf 160 Proz., ohne die eine Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen des Stadtsäckels und dem schon auf das Notwendigste eingeschränkten Geldbedarf nicht möglich wäre. Stadtkämmerer Böß wies hin auf die Wirkungen des Krieges, die in dem neuen Etat noch stärker als in dem vorhergehenden zu erkennen seien. Man habe die Anforderungen an die Opferwilligkeit der Bürger steigern müssen, um Berlin „althergebrachte gesunde Finanzwirtschaft“ erhalten zu können. Andererseits betonte er die Notwendigkeit, zu sparen und in der Gemeindeverwaltung dem Latendrang einzuweichen Grenzen zu ziehen. In dieser Mahnung des Kämmerers bemerkte Stadtverordneter Cassel, daß sie ihn „sehr freut“ habe. Er wünscht, sie möge auch über den Krieg hinaus beherzigt werden, soweit das möglich sei. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Heimann. Seine Rede war erfüllt von dem Geist sozialen Empfindens und betonte scharf die sozialen Pflichten, die die Gemeinde gegenüber den Winderbemittelten hat. Zu besonderen beleuchtete er die Aufgaben, die ihr durch den Krieg gestellt worden sind. Daß unter dem Einfluß des Krieges wieder eine Steuererhöhung nötig wird und zu der Lebensmittelerhöhung eine neue Belastung kommt, bedauerte unser Redner. Die geplante Gaspreiserhöhung dürfe nicht zu einer weiteren Steigerung der Last für die Winderbemittelten führen. Auf Heimanns freudiges und stolzes Bekenntnis zum Sozialismus, dessen Grundätze ihn auch für die Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung maßgebend seien, antwortete Stadtverordneter Mommsen mit einer Bekundung seines unentwegten Vertrauens zu der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. — Der Etatentwurf wurde dem Ausschuss überwiesen, den die Stadtverordneten bereits in ihrer vorigen Sitzung gewählt hatten. Entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung ist der Ausschuss diesmal schon in die Beratung des Etats eingetreten, noch ehe das Plenum in einer ersten Lesung zu ihm Stellung genommen hatte.

Keine Notwendigkeit zur Milchpreissteigerung.

In der letzten Sitzung des zuständigen Sachausschusses der Preisprüfstelle Groß-Berlin konnte nach eingehenden Erörterungen vom Vorsitzenden festgestellt werden, daß die Mehrheit der Versammlung keine Notwendigkeit anerkennt, der von verschiedenen Seiten angeregten Milchhöchstpreisbefreiung für nach Groß-Berlin von außerhalb eingeführte Milch zuzustimmen. Hiermit dürfen die in letzter Zeit sowohl in der Öffentlichkeit, wie in Eingaben großer wirtschaftlicher Verbände an den Sachausschuss ausgeprochenen Versicherungen, daß wiederum ein wichtiger Nahrungsmittel verteuert werde, einen für die Bevölkerung beruhigenden Abschluß gefunden haben. Selbstverständlich wird die Preisprüfstelle nunmehr dafür eintreten, daß die Milch unter denselben Bedingungen nach Groß-Berlin weiter geliefert wird, unter denen seinerzeit der Kleinhandelshöchstpreis festgelegt wurde. Den Bestrebungen der Verpächter, die Milchpreise zu erhöhen, wird mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Ueber die Preisgestaltung der in den Groß-Berliner Abmelkwirtschaften gewonnenen Milch werden die Verhandlungen noch fortgesetzt.

Wieder ein Brotkartendiebstahl.

Auf dem Grundstück Rusowauer Straße 53 ist in den Melkorenzimmer der 78. Gemeindeschule die 87. Brotkommission untergebracht. Der Rektor, der sie leitet, war gestern abend noch mit mehreren Kindern mit dem Sortieren der neu eingegangenen Karten beschäftigt. Er ließ die Karten auf dem Tische liegen, um heute die Arbeit fortzusetzen. Alle vier Türen, die man von der Straße aus durchschreiten muß, um in die Zimmer der Kommission zu gelangen, wurden ordnungsmäßig verschlossen. Trotzdem waren heute morgen 720 Haupt- und 192 Zusatzkarten gestohlen. Die Diebe hatten alle Türen mit Radschlüsseln oder Dietrichen geöffnet und beim Verlassen des Gebäudes auch wieder verschlossen, so daß von einem Einbruch nichts zu merken war. Die Karten hatten sie wahllos vom Tisch genommen, von sortierten Päckchen und auch andere. Außer vielen Einzelkarten fielen ihnen die Nummern 57 124—168 und 58 783—820, die auf 8 Wochen für die Häuser Drangelstraße 28 und Puelstraße 3 bestimmt waren, in die Hände. Dies waren fertig gebundene Päckchen.

Von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen wurden die drei Einbrecher, die in der Nacht zum Dienstag die 53. Brotkommission in der Rusowauerstraße 49 heimsuchten. Mehrere Beamte

beobachteten die Gegend der Pfandlammer und ihre Anzeichen und trafen, wie sie vermutet hatten, auch die Brotkartendiebe. Es sind drei arbeitslose Burschen, die sich in jener Gegend herumzutreiben pflegten. Einer von ihnen hatte die Gelegenheit ausgemerkelt und unter dem Vorwand, eine Brotkarte für sich zu beantragen. Den größten Teil der Beute hatten die Burschen schon an einen noch unbekanntem Helfer verkauft. Die anderen wurden bei ihnen noch gefunden und beschlagnahmt.

Kartoffeln für Gastwirte und Hoteliers.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ramen der Obmänner der Gastwirtscommissionen, bei denen die Gastwirte und Hoteliers ihren Kartoffelbedarf anzumelden haben, heute noch einmal an den Säulen bekannt gemacht werden. Es liegt im dringendsten Interesse aller Beteiligten, sich die Ramen aufzuschreiben, da sie sonst Schwierigkeiten haben werden, ihre Kartoffeln zu erhalten.

Auf das Konzert des Bezirksbildungsausschusses für Groß-Berlin, das Sonnabend, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Festhalle des Berliner Stadthauses stattfindet, sei nochmals hingewiesen. Eine Abendkasse findet im Konzertsaal nicht statt, die Eintrittskarten sind zum Preise von 50 Pf. in den Verkaufsstellen zu haben, die in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ angegeben wurden.

Buchschülerin und Dienstmädchen.

Wie man es fertig bringt, sich ein Dienstmädchen zu halten, das nicht nur ohne Lohn arbeitet, sondern der Herrschaft noch Geld dazu zahlen muß, das zeigte ein Prozeß, der gestern vor der Kammer 2 des Gemeinderichts verhandelt wurde.

Die Beklagte, Fräulein Beer, betätigt sich als Modedesignerin und betreibt eine Buchschule, in der junge Mädchen gegen Zahlung eines nicht knapp bemessenen Lehrgeldes in der Anfertigung von Damenputz angeleitet werden. Die Klägerin hatte einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie bei Fräulein Beer ein Jahr lernen und 25 M. Lehrgeld zahlen sollte. In diesem Falle sollte sich das Lernen aber nicht nur auf das Buchschreiben, sondern auch auf die Hausarbeit erstrecken. Die anderen Schülerinnen des Fräulein Beer, die nur im Buchschreiben ausgebildet wurden, hatten auch 75 M. Honorar zu zahlen, brauchten aber nur drei Monate zu lernen. Der „Unterricht“ in Hausarbeit und Buchschreiben gestaltete sich bei der Klägerin, die Kost und Logis bei der Beklagten hatte, so: In erster Linie hatte sie die Dreizimmerwohnung der Beklagten zu reinigen und in Ordnung zu halten, auch mußte sie in der Küche beim Kochen tätig sein. Durch diese Arbeiten wurde die Beklagte bis in die Nachmittagsstunden in Anspruch genommen. Um 3 Uhr begann der Buchschülerunterricht, an dem die Klägerin teilnehmen sollte. Oft war sie aber zu dieser Zeit mit der Hausarbeit noch nicht fertig. Ihr Buchschülerunterricht fiel deshalb entsprechend kürzer aus. Um 6 Uhr war der Buchschülerunterricht zu Ende und dann ging für die Klägerin die Hausarbeit wieder los, bis an manchen Tagen, wenn Fräulein Beer Besuch hatte, bis in die Nacht dauerte. Das alles war nach Ansicht von Fräulein Beer notwendig, weil sie ja die Klägerin nicht nur in der Herstellung von Damenputz, sondern auch in der Ausführung von Hausarbeiten zu „unterrichten“ hatte. Fräulein Beer mußte hiernach eine vielseitig befähigte Dame sein. Es dürfte wohl selten vorkommen, daß eine Dame, die im Hauptberuf Buchschülerunterricht erteilt und Modedesignerin schreibt, auch in der Hausarbeit so betätigt ist, daß andere von ihr lernen können. Doch wie es auch sein möge, tatsächlich hat die Klägerin die Arbeiten eines Dienstmädchens bei der Beklagten verrichtet und in der Zeit, die nicht durch diese Arbeiten ausgefüllt wurde, konnte sie am Buchschülerunterricht teilnehmen. Dies Verhältnis währte dreieinhalb Jahre. Dann endete es mit einem Bruch. Nach einem Besuchabend, den Fräulein Beer abgehalten hatte, befahl sie der Klägerin nachts zwischen 11 und 12 Uhr, einen Ofen nachzugehen. Die Klägerin wogerte sich, es kam deshalb zu einem erregten Auftritt zwischen ihr und der Beklagten. Die Szene endete damit, daß die Klägerin — sofort das Haus verließ. Ihrer Angabe nach hat ihr die Beklagte das Bett fortgenommen und sie dann aus dem Hause gewiesen. Dagegen behauptet die Beklagte, sie habe die Klägerin, die einen losen Mund gehabt habe, nur aus dem Zimmer gewiesen, habe ihr auch nicht das Bett entzogen. Allerdings habe sie das Verhältnis mit der Klägerin lösen wollen, doch nicht sofort, sondern erst, wenn sie ein anderes Mädchen gehabt hätte.

Durch die Klage fordert die Klägerin Herausgabe ihrer Sachen, die sie bei ihrem nächsten Abgang nicht mitnehmen konnte, sowie 10,50 M. Schadenersatz wegen Zurückhaltung der Papiere und Lösung des Lehrvertrages. Die Beklagte erklärte, das Lehrverhältnis betrachte sie als gelöst, die Papiere habe sie nicht zurückgelassen und ihre Sachen könne die Klägerin jederzeit abholen. Aber das Lehrgeld von 75 M. beansprucht Fräulein Beer im Wege der Widerklage. Sie habe sich mit der Klägerin 1/2 Jahr gewallt, dafür müsse sie doch etwas haben. — Hierzu bemerkte der Vorsitzende, Justizrat Marcus: „Sie haben sich gewallt? Nicht die Klägerin, die 1/2 Jahr bei Ihnen als Dienstmädchen gearbeitet hat? Diese Arbeit ist doch wohl ein genügendes Entgelt für das, was die Klägerin bei Ihnen gelernt hat.“ Das wollte aber die Beklagte nicht zugeben. Sie brüllte sich damit, daß sie der Klägerin ja die Kost und noch dazu ein monatliches Taschengeld von drei Mark gegeben habe. Darauf erwiderte der Vorsitzende, daß man doch für solchen Preis kein Dienstmädchen in Berlin bekommt.

Nachdem sich die Parteien wegen Herausgabe der Sachen der Klägerin geeinigt hatten, erkannte das Gericht auf Abweisung der Klage und Widerklage. In der Begründung des Urteils heißt es: Der Schadenersatzanspruch der Klägerin sei hinfällig, weil sie die Zurückhaltung der Papiere nicht nachgewiesen habe und auch nicht solche Papiere in Frage kämen, welche die Klägerin brauche, um eine neue Stellung anzutreten. Der Vertrag zwischen den Parteien sei kein gewerblicher Lehrvertrag, sondern es liege nur ein Arbeitsverhältnis vor, und zwar das eines Dienstmädchens. Doch darauf komme es nicht an. In jener Nacht, wo die Parteien in Streit gerieten, seien sie darüber einig gewesen, daß das Verhältnis gelöst werden solle. Das Lehrgeld konnte nach dem Vertrage nur verlangt werden, wenn der Lehrling einseitig und unbefugt das Verhältnis aufgehoben hätte. Eine angemessene Vergütung für ihre Lehrtätigkeit habe die Beklagte durch die ihr von der Klägerin geleisteten Dienste reichlich bekommen.

Arbeitslosigkeit hat den 51 Jahre alten Metallarbeiter Otto Müllers in den Tod getrieben. Müllers mietete vor drei Wochen in der Adalbertstr. 4 ein möbliertes Zimmer. Für die dritte Woche konnte er nicht mehr bezahlen, weil er keine Arbeit fand, auch sein Versuch, sich wie früher schon einmal als Hauskünstler zu betätigen, schlug fehl. In der Verzweiflung öffnete er gestern, als seine Wirin ausgegangen war, den Gasbehälter seiner Ampel und vergiftete sich. Bei ihrer Rückkehr fand die Frau ihn tot vor.

Wahlauflauf des Turnvereins „Nichte“.

Wie alljährlich veranstaltete der Turnverein „Nichte“ auch in diesem Frühjahr einen Wahlauflauf. Derselbe findet am Sonntag, den 19. März, nachmittags 3 Uhr, in Tegel-Schulzenhof statt. Strecke für Männer und Lehrlinge 2000 Meter, für Frauen 500 Meter. Treffpunkt im Umkleidekloak „Schloßrestaurant Tegel“ 2 Uhr.

Aus den Gemeinden.

Terrassenbauten in Neukölln.

Die Stadt Neukölln hat das ehemals der Luisenstadt-Kirchengemeinde gehörige Gelände unter den gleichen Gesichtspunkten wie das neue Wohnviertel in der Kölnischen Heide in der Absicht erworben, dort ein weiteres den modernen Grundrissen des Städtebaues entsprechendes Wohngebiet zu schaffen. Im Bebauungsplan sind demzufolge in reichem Maße größere Flächen vorgesehen. Damit jedoch

die von den städtischen Körperschaften beabsichtigte Ausgestaltung des Geländes als bessere Wohngegend nicht durch die Art der Bebauung beeinträchtigt wird, ist jetzt durch eine besondere Baupolizeiverordnung lediglich die Errichtung von Vordergebäuden bis zu einer Höchsthöhe von 15 Meter, von der Baufluchtlinie ab gerechnet, sowie eingeschossige Nebenanlagen ohne Feuerstätten mit einer Firsthöhe bis zu 6 Meter zugelassen. Die Gebäudefassaden sind in gleicher Weise wie bei den Vordergebäuden herzurichten. Durch teilweise Anordnung von Bauwänden in einer Breite von 16 Meter ist unter Berücksichtigung der übrigen bedeutenden Freiflächen einschließlich des Straßenlandes, der Promenaden und Vorgärten eine ausreichende Licht- und Luftzuführung gewährleistet.

Die bestehenden nicht unerheblichen Höhenunterschiede zwischen den einzelnen Straßenteilen des sogenannten Luisenstädtischen Geländes will die Stadt durch Schaffung von Terrassen- und Treppentritten praktisch wie künstlerisch vorteilhaft ausnutzen. Für dieses Gelände ist im Bebauungsplan eine strenge Trennung zwischen Wohn- und Verkehrsflächen vorgesehen. Breite und geschwungene Stufenanlagen vermitteln die verschiedenen Straßentypen und führen schließlich auf einen hochgelegenen Platz, der dem im Entstehen begriffenen Stadtviertel ein überaus charakteristisches Gepräge verleiht. Eine prächtige von Norden nach Süden verlaufende Promenadenstraße stellt die Verbindung der neuen Anlagen mit dem südlich in unmittelbarer Nähe gelegenen Körnerpark her. Den Hauptpunkt des neuen Stadtbildes stellt indes die schon erwähnte Plananlage dar, die seitlich der Promenade mit deren Einschluß in einer Größe von 100x130 Meter und etwa 2,5 Meter höher als der Mittelweg angeordnet ist, so daß sich von hier reizvolle Rundblicke ergeben. Seine Aufteilung erfolgt in Grünflächen und Schmuckanlagen mit architektonischen Abschüssen.

Als städtebaulich außerordentlich ansprechende Motive sind drei von der Bergstraße aus vorgesehene Eingänge in das neue Stadtgebiet anzuführen, die insofern auch von praktischer Bedeutung sind, als von hier aus der Anschluß des gesamten Gebietes erfolgen wird. Zunächst der Steinwegstraße erhält man einen freien Blick in die Promenade, der nach einem in der verlängerten Bahmannsdorfer Straße aufgestellten Brunnen mit hoher Plastik hingelenkt wird. Dahinter erhebt sich die Treppenanlage nach der Terrasse und der Kopfstraße. Den zweiten Einblick gewährt die Passage, welche durch das Haus Bergstr. 29 durchgezogen und als Treppentritt ausgebildet werden soll. Dort eröffnet sich, eingeraumt von dem hohen Portal der Passage, ein anziehender Blick nach der erhöhten Plananlage, dem architektonischen Abschluß des Wasserbedens mit Springbrunnen sowie dem dahinter sich erhebenden monumentalen öffentlichen Gebäude. Als dritter Einblick kommt die Einmündung des Mittelweges in die Bergstraße in Betracht. Der Gesamtindruck ist der, daß hier städtebaulich eine der schwierigsten Aufgaben unter den ungünstigsten Bedingungen in hervorragender und interessanter Weise gelöst ist.

Gemeindevertreterwahlen.

Banlow. Sonntag, den 19. März, von 12 bis 6 Uhr, finden die Gemeindevertreterwahlen für die dritte Klasse statt.

Der 4. Bezirk wählt in der Turnhalle, Wollanstr. 131. Kandidat ist unser Genosse Wilhelm Kubig. Hierzu werden Handzettel Freitag, den 17. März, abends 7 Uhr, vom Gauamannschafts-Lokal, Kreuzstr. 14, verbreitet.

Der 3. Bezirk wählt bei Binder, Breitestr. 34. Kandidat ist Kaufmann Georg Schwarz, Kreuzstr. 18. Gewählt wird nach der Aufstellung der Wählerlisten vom Januar 1915.

Antilige Wahlauflorderung oder Steuerquittung legitimiert. Jeder tue seine Pflicht.

160 Proz. Gemeindecinkommensteuer in Friedenau.

Nach dem jetzt vorliegenden Haushaltsplan für 1916, der in Einnahme und Ausgabe mit 3 694 495 M. abschließt, will die Gemeinde die Gemeindecinkommensteuer von 115 auf 160 Proz. erhöhen. Diese Steuer soll 1 070 000 M. gegen 874 000 M. im Vorjahr bringen.

Teuerungszulagen in Weiskensee.

Vom 1. April ab sollen die Teuerungszulagen für verheiratete Angestellte, Lehrer und Lehrerinnen, Arbeiter um 50 Proz. erhöht werden, d. h. von 10 auf 15 M. im Monat. Als Höchstgrenze kommt ein Gehalt bis 3000 M. in Frage, anstatt bisher 2500 M. Für die unverheirateten Angestellten u. w. bleiben die bisherigen Sätze bestehen, also 10 M. pro Monat, jedoch soll hier die Grenze bis 2500 M. gezogen werden, anstatt wie bisher 2000 M. Eine große Engbrigkeit in der Verwaltung erfährt man leider darin, daß man die in den Bureaus beschäftigten weiblichen und männlichen Hilfskräfte von dieser Vergünstigung ausschließen will, weil diese immer nur nach ihrer Leistung entlohnt werden. Nach langem Hin und Her will man auch hier noch nochmaliger Prüfung Teuerungszulagen gewähren, aber bei zukünftiger Anstellung das Gehalt geringer stellen.

Vortragabend der Stadt Neukölln.

Am Dienstag, den 21. März 1916, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Stadt Neukölln in der Aula der Realschule Wobbinstraße 34—41, einen Lichtbildvortrag „Das Volklied“ unter Mitwirkung eines kleinen gemischten Chores, eines Männerquartetts, sowie des Schülorchesters des städtischen Gymnasiums, sämtlich unter Leitung des Gesanglehrers Herrn Stehmann. Den erläuternden Vortrag zu den Bildern hat die Sekretärin der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Frä. Rottmann, übernommen.

Numerierte Platzkarten, die zugleich zur kostenfreien Abgabe der Garderobe berechtigen, sind zum Preise von 10 Pf. vom 15. März ab im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 210, während der Dienststunden von 8 bis 9 Uhr sowie am Abendhause von 7 1/2 Uhr ab erhältlich. Der Vortrag beginnt pünktlich zu der angegebenen Zeit, so daß verspätet kommende Besucher nicht zugelassen werden können.

Soziales.

Ueberstunden als „Schäfersunden“.

Ein schandlose Vorliebe für „Ueberstunden zu Zwoelen“ entwickelte der Agent James Groß, gegen den eine jugendliche Kontoristin vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts klagte.

Das hübsche junge Mädchen wurde durch den Krieg von den Eltern getrennt und steht in Berlin unter der Obhut einer hier lebenden Schwester der Mutter. Seit dem 14. Lebensjahre darauf angewiesen, sich selber zu ernähren, nahm die Klägerin die mit 80 Mark Monatsgehalt ausgeschriebene Stelle beim Beklagten an. Wenn sie Ueberstunden machte, sollte sie 90 M. monatlich mehr bekommen, davon sollte aber der Sozials des G., ein inzwischen aus der Firma ausgestreuter Kaufmann, nichts wissen. In diesen Ueberstunden „bölig“ im unklaren zu lassen, mußte das junge Mädchen zum G. ein pünktlich um 7 Uhr abends

das Geschäft verlassen, als ob es nach Hause gehe, und dann aber nach einiger Zeit, wenn auch der Sozials nach Hause gegangen war, wieder ins Geschäft zurückkehren, wo sie der Besagte empfing. Zuweilen ging G. mit der Klägerin nach Geschäftsschluss auch in Weinrestaurants, wo er sie mit Wein und Abendbrot traktierte, und ging dann mit ihr kurz vor 10 Uhr ins Geschäftslokal zur Ueberstunden von Ueberstunden zurück. Hier erlaubte er sich Ueberstunden. Das junge Mädchen vermachte sich aber der Ueberstundenversuche zu erwehren. Am 24. Februar wurde G. jedoch d. o. artig aggressiv, daß sie nachts um 11 Uhr dem Ueberstunden ein-fach fortließ. Auf das Anerbieten, sie im Auto nach Hause zu bringen, verzichtete sie. Wie die Tante des jungen Mädchens als Zeugin bezeugte, kam ihre Nichte, die sich stets eines tadellosen Lebenswandels befleißigt habe, in jener Nacht mit hochrotem Gesicht und Würgemalen am Hals nach Hause und bekannte ihr, daß sie sich des Chefs in einem förmlichen Kampfe habe erwehren müssen. — Die Besuche der Weinlokale mit der Klägerin gab G. zu, alles übrige bestritt er, die Kontoristin beschwor aber, daß es sich alles so zugetragen habe, wie sie es schilderte. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Besagten zur Zahlung von 28 M. Restgehalt. Klägerin konnte mit Recht sofort austreten.

Hoffentlich tritt nun der Staatsanwalt der Prüfung näher, inwiefern die Ueberstunden eine öffentliche Anklage wegen Ueberschuldung oder anderer strafbarer Handlungen rechtfertigen.

Gerichtszeitung.

Verstoß gegen den Belagerungszustand.

Der Redakteur der „National-Zeitung“, Erich Redarskulmer, wurde am Donnerstag von der 5. Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen Verletzung der Bundesratsverordnung vom 20. Februar 1915, wonach Zeitungsartikel nicht gedruckt werden dürfen, die geeignet sind, zu Börsenspekulationen anzuregen, zu 50 M. Geldstrafe event. 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aus aller Welt.

Neue Lawinstürze haben sich in den letzten Tagen ereignet. In Vidnaun bei Sterzing ist eine große Schneelawine niedergegangen. Sie hat zwei Wohnhäuser mit den danebenstehenden Wirtschaftsgebäuden sowie eine Mühle mitgerissen und vollständig zerstört. Die Einwohner konnten rechtzeitig flüchten. — Bei Asiago in der Provinz Trient stürzte eine Lawine ab und begrub eine Baracke, in der fünfzig Arbeiter schliefen. Gegen vierzig sind tot, die anderen schwer verletzt. — Im Kanton Tessin wurde ein vorüberfahrender Güterzug durch eine Lawine verschüttet. Der Betrieb der Eisenbahn Simons-Bernante in Piemont ist ebenfalls durch Lawinstürze behindert. — Im Kanton Tessin ist der Eisenbahnverkehr im Roggital aus gleicher Ursache unterbrochen.

Ein schweres Unglück ereignete sich im Hundshüblerrevier (Uzgergebirge). Einem Holzarbeiter entglitt ein Baumstamm, der den Abhang hinabstürzte. Vier unten hohlstehende Frauen wurden getroffen. Die verheiratete Frau Minna Schürer und die unberechnete Helene Wodmann wurden sofort getötet, die Frauen Schwegert und Goldig wurden lebensgefährlich verletzt.

Parteiveranstaltungen.

Dritter Kreis. Die Flugblattverteilung am Sonntag fällt aus. Treptow-Baumhülenerweg. Sonntag, den 19. März, veranstaltet der Sozialdemokratische Wahlverein in den Treptower Konfessionslokalen in Treptow, am Treptower Park 69, einen Lichtbildvortrag: „Aus Ländern und Städten des Weltkriegsgebietes“. Das Programm besteht außerdem noch aus einem Konzert der Kapelle des Musikregiments Koabe und des Gesangsvereins „Männerchor Oberpreußen“ (Musik. d. A. S. B.). Nach den Darbietungen gemüthliches Beisammensein. Beginn des Konzerts pünktlich um 4 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Reges Beisammensein erwünscht.

Maricendorf. Die Genossen treffen sich heute abend 7 Uhr in ihren Bezirkslokalen, um die Agitation zu dem am Sonntag stattfindenden Gemeindevertreterwahlen zu betreiben.

Friedenau. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im „Hohenzollern“, Handlensstr. 64, eine Wählerversammlung zur Gemeindevahl statt. Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. Eichwalde. Donnerstag, den 16. Freitag, den 17. und Sonnabend, den 18. März, abends 6 1/2 Uhr: Vortragsabende des Staats.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

H. A. Richtenberg. Die Mutter hat viel zu wenig Marken geliebt, deshalb wird der Antrag auf Altersrente abgelehnt. Es empfiehlt sich aber, die Anwartschaft aufrecht zu erhalten, das heißt alle zwei Jahre mindestens 20 Marken zu legen und die Leistungskarte umzutauschen, damit bei eintretender Invalidität ein Antrag auf Invalidenrente gestellt werden kann; Anspruch darauf besteht schon bei 300 geliebten Marken. — A. H. 1. Der Vater hat keinen Anspruch auf Kriegsunterstützung, wohl aber auf Auswärtensbeihilfe. Er soll einen solchen Antrag beim Amtsdirektor einreichen. 2. Die Tante hat keinen Anspruch auf Unterstützung oder Rente. 3. Nach Ihren Angaben würde der Betroffene allerdings die Unterstützung zu Unrecht beziehen. — B. S. 38. Bis zehn Uhr abends. Verlangen Sie vom Hauswirt Unterstützung der Rüstzeitung. — B. S. 79. Beantragen Sie bei der Armenkommission unter Vorlegung einer Bescheinigung über Ihren jetzigen Arbeitsverdienst Befreiung von der Unterstützungspflicht, wenigstens für die Dauer des Krieges. — C. S. 58. Da Ihr Verlobter nach Ihrer Darstellung grundlos vom Verlobnis zurückgetreten ist, so sind Sie nicht verpflichtet, den Ring zurückzugeben. — D. S. 51. Nachmiltierung kann immer noch erfolgen. — E. S. 46. 1. Sie haben zum Verlust der Sachen kein Recht. Sie müssen die betreffende Eigentümerin zur Rückholung der Sachen auffordern. 2. Lassen Sie sich zum Sohn den Unterstützungsschein einreichen und stellen Sie dann bei der Steuerbehörde Antrag auf Unterstützung. — Emmi 300. Die Mutter soll bei der Gemeinde Antrag auf Unterstützung stellen. Rückzahlung wird aber nicht erfolgen. — C. W. 99. 1. Auf Verlangen muß dem Klienten das Material ausgehändigt werden. 2. Gegen das Urteil der Strafkammer ist nur eine Revision zulässig. Die Revision müßte jedoch binnen einer Woche nach Verkündung des Urteils bei der Strafkammer eingelegt werden. 3. Kein. 4. Die Staatsanwaltschaft hat damit nichts zu tun. 5. An die Strafkammer des Landgerichts III. 6. Kein, die Worte enthalten nur eine Verleumdung. — A. W. 1000. Sie müssen einen Befehl der Versicherungsanstalt abwarten. Invalidenrente wird Ihnen übrigens erst nach der 26. Woche gewährt werden, nachdem die Leistung der Krankenlöhne abgelaufen ist. — Föderborn 44. Wenn die Operation nicht erbeholdlich und nicht mit Lebensgefahr verbunden ist, so müssen Sie sich dieser unterziehen.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Mild und zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend demüßigt oder neblig, ohne wesentliche Niederschläge.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, muß diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung - Berufskleidung
Größtes Spezialgeschäft dieser Art
Alexanderstr. 12 - Rosenthaler Str. 53 - Sandberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.

Inseratentell. verantw.: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.